

9. Chronologie der Europäischen Integration 1994

Zusammengestellt von Tobias Schumacher

Januar

Präsidentschaft

1. Januar: Der Ratsvorsitz der EU geht von Belgien an Griechenland über. Die Hauptaufgaben der griechischen Präsidentschaft sind die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Erweiterung der Union sowie die Beilegung des Jugoslawien-Konflikts.

Wirtschafts- und Währungspolitik

1. Januar: Die zweite Stufe der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) tritt in Kraft. In dieser Phase wird das Europäische Währungsinstitut (EWI) mit Sitz in Frankfurt a. M., als Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB) errichtet. Darüber hinaus verpflichten sich die Mitglieder der Gemeinschaft zu einer Reduzierung der Staatsverschuldung, einer Senkung der Inflationsraten und einer möglichst gleichlaufenden Geldpolitik.

EWR

1. Januar: Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) tritt in Kraft. Der Vertrag ermöglicht den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen der Gemeinschaft und den fünf EFTA-Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben (Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Österreich). Für die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei und Verkehr werden jedoch Sonderregelungen getroffen. Institutionell werden neben anderen Organen der EWR-Rat und der Gemeinsame EWR-Ausschuß geschaffen.

EFTA

1. Januar: Mit dem Inkrafttreten des EWR-Abkommens werden die EFTA-Aufsichtsbehörde und der EFTA-Gerichtshof geschaffen.

Jugoslawien-Krise

6. Januar: In Bonn treffen sich die Jugoslawien-Vermittler von EU und UN, Owen und Stoltenberg, zu einer Unterredung mit dem deutschen Außenminister Kinkel.

USA

9. Januar: Kommissionspräsident Delors und EU-Ratspräsident Papandreou kommen in Brüssel mit dem amerikanischen Präsidenten Clinton zusammen. In diesem Gespräch über Maßnahmen zur Bekämpfung der weltweiten Arbeitslosigkeit, die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU sowie über das Zoll- und Handelsabkommen GATT, hebt Clinton insbesondere die Bedeutung Europas für die Vereinigten Staaten hervor.

EFTA

10. Januar: Der finnische Außenhandelsminister und amtierende Präsident des EFTA-Rates, Salolainen, spricht während seines Besuches bei der Kommission in Brüssel mit Kommissionsmitglied van den Broek über die laufenden Beitrittsverhandlungen und über das Inkrafttreten des EWR.

GATT/USA

10. Januar: Der Handelsbeauftragte der USA, Kantor, stattet der Kommission in

Brüssel einen Besuch ab, um die Verfahren zu erörtern, die durchgeführt werden müssen, damit die Schlußakte der Handelsvereinbarungen im Rahmen der Uruguay-Runde wie vorgesehen im April unterzeichnet werden kann.

NATO

10./11. Januar: Auf der Brüsseler NATO-Tagung verabschieden die sechzehn Mitglieder der Allianz das Rahmendokument „Partnerschaft für Frieden“. Mit dieser Initiative wird den am NATO-Kooperationsrat beteiligten Staaten sowie anderen KSZE-Mitgliedern eine Partnerschaft und Kooperation mit dem atlantischen Bündnis angeboten. Weitere Themen der Tagung sind die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität, die Jugoslawien-Krise und die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten und Rußland.

EU – USA

11. Januar: In Brüssel trifft sich eine hochrangige amerikanische Delegation um Präsident Clinton mit Kommissionspräsident Delors und einigen Kommissionsmitgliedern. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Uruguay-Runde, die weltweite Arbeitslosigkeit, die Zukunft des Welthandels sowie die Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten in die NATO und in die EU.

Türkei

11. Januar: Die türkische Ministerpräsidentin Çiller trifft in Brüssel zu einem Meinungsaustausch mit der Kommission zusammen. Neben wirtschaftlichen Fragen stehen dabei die Rolle der Türkei in Europa und die beiderseitigen Beziehungen im Vordergrund.

Kanada

11. Januar: In Begleitung von Außenminister Quillet und dem Minister für Fischerei, Tobin, kommt der kanadische Premierminister Chrétien in Brüssel mit Kommissionspräsident Delors zusammen. In den Gesprächen geht es um die bilateralen Beziehungen zwischen der Union und Kanada, die Wirtschaftslage in Kanada sowie um die Entwicklungen im Welthandel.

Tunesien

12.–14. Januar: Kommissionsvizepräsident Marin trifft in Tunis Staatspräsident Ben Ali und Außenminister Ben Yahia. Hauptgesprächsthema ist die Aufnahme von neuen Verhandlungen über ein neues Abkommen zwischen der Union und Tunesien.

Naher Osten

13. Januar: Bei einem Treffen mit dem Präsidenten des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Arafat, erörtert Kommissionsvizepräsident Marin den Stand des Friedensprozesses im Nahen Osten.

Europarat

17. Januar: In Straßburg gründet das Ministerkomitee des Europarates den „Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas“, der die Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas ablöst.

GATT

17. Januar: Kommissionspräsident Delors empfängt den GATT-Generaldirektor Sutherland und erörtert mit diesem die Umsetzung des Welthandelsabkommens.

GASP/Ukraine

17. Januar: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung das zwischen den

USA, der Russischen Föderation und der Ukraine geschlossene Übereinkommen, das den Abbau aller atomaren Waffen auf dem Gebiet der Ukraine vorsieht.

Europäisches Parlament (EP)

17.–21. Januar: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt, die überwiegend von den Debatten über das Tätigkeitsprogramm der griechischen Präsidentschaft und das Legislativprogramm der Kommission für 1994 beherrscht wird. Weitere Themen sind die Annahme einer Entschließung zur 50. Tagung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die Flüchtlingspolitik der Union, die Globale Umweltfazilität (GEF) sowie die Jugoslawien-Krise, in der das EP ein aktiveres Eingreifen der UN-Truppen fordert.

GASP/Jugoslawien

21. Januar: Die Zwölf bekunden in einer gemeinsamen Erklärung ihre Unterstützung für die Bemühungen der Kovorsitzenden der Bosnien-Konferenz, Owen und Stoltenberg, eine friedliche und von allen Parteien akzeptierte Verhandlungslösung des Konfliktes in Bosnien-Herzegowina zu finden.

Landwirtschaft

24. Januar: In Brüssel tagen die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union. Die wichtigsten behandelten Punkte sind die Annahmen zahlreicher Verordnungen in den Bereichen Getreide, Ölsaaten, Zucker, Tabak sowie Schaf- und Ziegenfleisch.

Finnland

24. Januar: Bei einem Besuch des finnischen Ministerpräsidenten Aho bei der Kommission in Brüssel, werden die Verhandlungen über den Beitritt Finnlands zur

Union sowie die finnischen Präsidentschaftswahlen besprochen.

EWR

24./25. Januar: In Brüssel findet die konstituierende Tagung des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses statt. Zum Präsidenten bzw. zum Vizepräsidenten werden der Brite Tittley und der Norweger Blankenborg gewählt.

Europarat

24.–28. Januar: In Straßburg äußern sich der israelische Ministerpräsident Rabin und der UN-Vermittler Stoltenberg vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zum Fortgang des Nahost-Friedensprozesses bzw. zum Krieg in Bosnien-Herzegowina. Während Rabin Fortschritte im Nahost-Friedensprozeß erkennt, bezeichnet Stoltenberg die Gebietsaufteilung in Bosnien-Herzegowina als einzige Alternative zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Darüber hinaus beschließt die Versammlung, daß die beiden Menschenrechtsinstitutionen des Europarates 1996 zusammengefaßt werden sollen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

26./27. Januar: In Brüssel findet die 312. Plenartagung des WSA statt. Der griechische Staatssekretär für Handel, Baltas, stellt in seiner Funktion als amtierender Ratsvorsitzender die Arbeitsschwerpunkte für die Zeit des griechischen Ratsvorsitzes vor. Stellungnahmen wurden u.a. zu den Themen Tiertransporte, Binnenschifffahrt, Sozialpolitik, Beziehungen der Union zu Lateinamerika, Satellitenkommunikation sowie Anleegerentschädigungssysteme und Beziehungen der Union zu den Staaten Mittel- und Osteuropas abgegeben.

Litauen

27. Januar: Der litauische Staatspräsident Brazauskas stattet der Kommission einen Besuch ab, um über die Lage in Litauen, die bilateralen Beziehungen zur EU sowie über die Ausarbeitung eines neuen Handelsabkommens zu sprechen.

USA

31. Januar: Vertreter der Kommission treffen in Washington mit Außenminister Christopher zusammen. Neben Gesprächen über die Lage im Nahen Osten, Südafrika und im Iran werden hauptsächlich die Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der Krieg in Bosnien-Herzegowina erörtert.

Februar

Europaabkommen

1. Februar: Die zwischen der Europäischen Union und Polen und Ungarn abgeschlossenen Europaabkommen treten in Kraft.

Polen

2./3. Februar: Der polnische Ministerpräsident Pawlak, erörtert bei seinem Besuch bei der Kommission in Brüssel die Handelsbeziehungen, die Entwicklungsperspektiven des Europaabkommens sowie Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

GASP/Jugoslawien

7. Februar: Die Zwölf bekunden in einer gemeinsamen Erklärung ihre Entrüstung über die Bombenangriffe, denen die Zivilbevölkerung Sarajevos ausgesetzt ist und fordern daher die sofortige Aufhebung der Belagerung Sarajevos unter Zuhilfenahme aller erforderlichen Mittel.

GASP/Russische Föderation

7. Februar: Die Zwölf äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre Freude über den Beschluß der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, den Beitrittsantrag der Russischen Föderation zu prüfen und bekräftigen ihren Wunsch nach einer Aufnahme der Russischen Föderation in den Europarat.

Kooperationsrat EU – Algerien

7. Februar: In Brüssel findet die vierte Tagung des Kooperationsrates EU – Algerien statt. Tagesordnungspunkte sind die jüngsten politischen Entwicklungen in Algerien sowie die politischen, wirtschaftlichen, institutionellen und sozialen Reformen in diesem Land.

Allgemeine Angelegenheiten

7./8. Februar: In Brüssel tagt der Ministerrat für Allgemeine Angelegenheiten. Die wichtigsten Themen der Beratung sind der Krieg in Jugoslawien, die Beziehungen zu Rußland, zur Ukraine und zu den baltischen Staaten, das Legislativprogramm für 1994, die Beziehungen zu den AKP-Staaten, eine Halbzeitüberprüfung und teilweise Änderung des vierten Lomé-Abkommens sowie Regelungen zu den Aufgaben des Bürgerbeauftragten.

Europäisches Parlament (EP)

7.–11. Februar: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Die wichtigsten Themen dieser Tagung sind die Aussprachen über den Entwurf einer an einem föderalen, dezentralisierten, kooperativen Modell orientierten Verfassung der Europäischen Union und über den Stand der Beitrittsverhandlungen. Weitere Themen sind die Lage in Sarajevo, der Haushalt der Gemeinschaft, die Wettbewerbspolitik sowie die Menschenrechte.

EWR

8. Februar: In Brüssel findet die konstituierende Tagung des Beratenden EWR-Ausschusses statt. In den Beratungen geht es vor allem um das Weißbuch der Kommission über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.

Ukraine

8. Februar: Der ukrainische Außenminister Zlenko wird bei einem Besuch bei der Kommission von Kommissionsmitglied Brittan empfangen. Neben der Vorlage eines ukrainischen Memorandums über die künftige Zusammenarbeit mit der Union, geht es in den Gesprächen um ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen sowie um die Wirtschaftslage in der Ukraine.

Erweiterung/Finnland

8.-22. Februar: Die zwei Ministerkonferenzen über den Beitritt Finnlands zur Europäischen Union führen zu einem Abschluß der noch offenen Punkte Zollunion, Außenbeziehungen, Fischerei, freier Kapitalverkehr und Energie.

Erweiterung/Norwegen

8.-22. Februar: Gegenstand dieser beiden Ministerkonferenzen über den Beitritt Norwegens zur Europäischen Union sind die Themen Wirtschafts- und Währungspolitik, Außenbeziehungen, sonstige Bestimmungen über den Vertrag von Maastricht, freier Kapitalverkehr, Energie sowie Verkehr und Wettbewerb.

Erweiterung/Österreich

8.-22. Februar: Auf diesen beiden Ministerkonferenzen über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union werden die fünf Verhandlungskapitel freier Dienstleistungsverkehr und Niederlassungsrecht,

Wettbewerb, Forschung und Informationstechnologien sowie Zollunion und Außenbeziehungen abgeschlossen.

Erweiterung/Schweden

8.-22. Februar: In Brüssel finden zwei Ministerkonferenzen über den Beitritt Schwedens zur Europäischen Union statt. Gegenstand dieser Tagungen sind die Themen Zollunion, Landwirtschaft, Regionalpolitik und Strukturinstrumente.

Bosnien-Konferenz

9. Februar: Bei dem Treffen der Jugoslawien-Vermittler von EU und UN mit den Außenministern Albaniens, Bulgariens, Griechenlands, Italiens, Österreichs und Rumäniens in Genf, geht es um die gegen Rest-Jugoslawien verhängten UN-Sanktionen.

Türkei

9.-13. Februar: Bei einem Besuch des Kommissionsmitglieds Brittan in der Türkei, geht es hauptsächlich um die Vollendung der Zollunion zwischen der Union und der Türkei.

Wirtschaft und Finanzen

14. Februar: Auf der Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union in Brüssel, werden die Empfehlungen des Währungsausschusses angenommen. Danach soll eine Koordinierung der Wirtschaftspolitiken erfolgen, die vom Rat überprüft wird. Ein weiterer Themenschwerpunkt der Tagung ist das Programm der griechischen Ratspräsidentschaft sowie die Annahme von Schlußfolgerungen zum überarbeiteten Konvergenzprogramm Portugals.

AKP-EU-Versammlung

14.-18. Februar: In Straßburg findet die 18. Tagung der Paritätischen Versammlung

der AKP-Staaten und der Union statt. Zentrale Themen der Tagung sind die Halbzeitüberprüfung des 4. Lomé-Abkommens sowie die künftigen Beziehungen zwischen AKP und EU.

Jugoslawien

18. Februar: In Athen treffen sich die Außenminister der EU-Troika mit dem russischen Außenminister Kosyrew. Im Mittelpunkt der Gespräche steht neben dem von Griechenland verhängten Wirtschaftsembargo gegen Mazedonien hauptsächlich der Krieg in Jugoslawien.

Landwirtschaft

21. Februar: Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union beraten in Brüssel über eine Gemeinschaftspolitik für Tafelweine.

Allgemeine Angelegenheiten

21./22. Februar: In Brüssel findet die Tagung des Ministerrates für Allgemeine Angelegenheiten statt. Themenschwerpunkte sind die Handelsblockade Griechenlands gegen Mazedonien, der Krieg in Bosnien-Herzegowina, die Finanzierung der GASP, die Vorbereitung der Ministertagung (GATT) in Marrakesch sowie der Stand der laufenden Beitrittsverhandlungen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

22./23. Februar: Auf seiner 313. Plenartagung nimmt der WSA Stellung zum Kohäsionsfonds, zum Grünbuch über die Sanierung von Umweltschäden, zu der Rolle der EIB in der Regionalentwicklung sowie zu dem Programm Europa gegen AIDS.

Jugoslawien-Krise

23. Februar: In Zagreb treffen sich die Militärbefehlshaber der bosnischen Kroa-

ten und Muslime zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens. Darin einigen sich die Parteien, daß alle schweren Waffen entweder der UN-Kontrolle unterstellt werden oder um zehn bzw. 20 Kilometer vom Gegner zurückgezogen werden.

Europäisches Parlament (EP)

23./24. Februar: In Brüssel findet eine Sondertagung des EP statt. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen die Erklärungen der Kommission zu ihrer Entscheidung, bestimmte Stahlunternehmen mit hohen Strafen zu belegen sowie zur Umsetzung des Weißbuchs über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Darüber hinaus verabschiedet das EP Entschlüsse zu den künftigen Beziehungen zwischen der EU, der WEU und der NATO sowie zur sozialen Dimension des EU-Vertrages.

Albanien

24. Februar: Staatspräsident Berisha stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab. In den Gesprächen mit Kommissionspräsident Delors geht es um die politische und wirtschaftliche Lage in Albanien sowie um den Konflikt in Bosnien-Herzegowina.

Erweiterung

25.–28. Februar: In Brüssel geht es auf der Ministerkonferenz zur Erweiterung der Europäischen Union um die vier Staaten Österreich, Finnland, Norwegen und Schweden um den fristgerechten Abschluß der Verhandlungen. Tagesordnungspunkte sind die unterschiedliche Agrarpreisordnung, die Fischfangrechte in den norwegischen Gewässern sowie der Alpentransitverkehr.

G7

26. Februar: Auf der Sondertagung der Finanzminister und Notenbankchefs der sie-

ben führenden Industrieländer in Kronberg, geht es in den Gesprächen mit dem russischen Wirtschaftsminister Schochin sowie Kommissionsvizepräsident Christophersen, um die wirtschaftliche Lage und den Reformprozeß in Rußland.

GASP/Hebron

27. Februar: Die Zwölf verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung das blutige Massaker von Hebron, bei dem 39 Palästinenser getötet wurden und rufen dazu auf, den eingeleiteten Friedensprozeß im Nahen Osten nicht zu verzögern.

EU – China

28. Februar: In Peking findet die Tagung des gemischten Ausschusses EG – China statt. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen im Rahmen des 1985 geschlossenen Handels- und Kooperationsabkommens.

März

Erweiterung

1. März: Auf der Ministerkonferenz in Brüssel wird eine Einigung über den Beitritt Finnlands, Schwedens und Österreichs zur Europäischen Union erzielt.

Bosnien-Konferenz

1. März: In Washington unterzeichnen Muslime und Kroaten eine Vereinbarung zur Schaffung einer Konföderation in Bosnien-Herzegowina.

Ungarn

3. März: Bei einem Besuch von Kommissionspräsident Delors in Budapest geht es in erster Linie um die bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und der Union sowie um den bevorstehenden Antrag Ungarns auf Beitritt zur Europäischen Union.

Naher Osten

3.–6. März: Der amtierende Ratspräsident Papoulias und Kommissionsmitglied van den Broek kommen auf ihrer mehrtägigen Nahost-Reise mit den Staatsoberhäuptern Israels, Ägyptens und Syriens zusammen, um über den Fortgang des Friedensprozesses zu beraten.

Forschung

4.–21. März: Die Forschungsminister der Europäischen Union beraten auf den Tagungen in Brüssel über das 4. Rahmenprogramm Forschung (1994–1998).

Assoziationsrat EU – Ungarn

7. März: In Brüssel findet die Eröffnungstagung des Assoziationsrates EU – Ungarn statt. Die Vertragsparteien begrüßen diese erste Konferenz, die eine neue Phase der Beziehungen einleitet und einen konkreten Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung der in dem Abkommen festgelegten Ziele darstellt.

Assoziationsrat EU – Polen

7. März: Auf der Eröffnungskonferenz des Assoziationsrates EU – Polen in Brüssel steht insbesondere der von Polen angestrebte Beitritt zur Europäischen Union sowie die Vorbereitung einer Konferenz über den Pakt für Stabilität in Europa im Mittelpunkt der Gespräche.

Allgemeine Angelegenheiten

7./8. März: Die Außenminister der Europäischen Union treffen in Brüssel zu Beratungen über die Intensivierung des politischen Dialogs mit den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas zusammen. Weitere Themen sind die Unterstützung humanitärer Hilfe in Bosnien-Herzegowina sowie die Vorbereitung der Ministertagung (GATT) in Marrakesch.

Energie-Konferenz

7.-11. März: In Brüssel findet die Internationale Konferenz über die Europäische Energiecharta statt. Auf der Tagung kann jedoch weder über die kommerziellen noch über die investitionsspezifischen Bestimmungen eine Einigung erzielt werden.

Europäisches Parlament (EP)

7.-11. März: In Straßburg findet die Plenartagung des EP statt. Im Vordergrund der Tagung stehen die Rede des tschechischen Präsidenten Vaclav Havel sowie die Aussprachen über das Weißbuch für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung und über die Beitrittsverhandlungen. Die Abgeordneten verabschieden Entschlüsse zur Menschenrechtssituation in Osttimor, Ruanda, Kolumbien, Kambodscha, Burundi, Senegal, Togo sowie zur Festnahme kurdischer Abgeordneter in der Türkei und zur Lage der Christen in Kurdistan.

Erweiterung/Norwegen

8. März: Die Außenminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu erneuten Verhandlungen über den Beitritt Norwegens zur EU zusammen. Die Verhandlungen werden jedoch nach kurzer Zeit wieder ausgesetzt.

Ausschuß der Regionen

9./10. März: In Brüssel tritt der Ausschuß der Regionen zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Ihm gehören 189 Mitglieder an; erster Präsident des Gremiums wird der Franzose Jacques Blanc.

Binnenmarkt

10. März: In Brüssel tagt der Rat für Binnenmarktfragen zu folgenden Themen: Verbot über die Ein- und Ausfuhr nachge-

ahmter Waren in den zollrechtlich freien Verkehr, Funktionieren des Binnenmarktes, Sicherheit in Reisebussen.

Tschechische Republik

10. März: Ministerpräsident Klaus stattet der Kommission in Brüssel einen Besuch ab. In den Gesprächen weist Klaus insbesondere darauf hin, daß sein Land Mitglied der Europäischen Union werden möchte.

GASP/Ukraine

10. März: Die EU-Troika sowie Kommissionsmitglied van den Broek kommen in Kiew zu Gesprächen mit der ukrainischen Führung zusammen. Zur Sprache kommen politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Fragen sowie die Wahlen am 27. März.

G 7

13./14. März: In Detroit findet die erste G 7-Konferenz über Beschäftigung statt. Bei den Aussprachen geht es um die Handhabung der Beschäftigungsprobleme in den jeweiligen Ländern sowie um die Beziehungen zwischen Beschäftigung, Wachstum, Flexibilität und Sozialpolitik.

Gesamteuropäische Verkehrskonferenz

14.-16. März: Die zweite Gesamteuropäische Verkehrskonferenz tagt auf Kreta. Neben einer Analyse der verkehrspolitischen Zukunft geht es auf der Tagung insbesondere um die Planung und Finanzierung der verkehrspolitischen Infrastrukturen und um Sicherheit und Umweltschutz.

Erweiterung/Norwegen

15./16. März: Auf der Ministerkonferenz zur Erweiterung der Europäischen Union in Brüssel, stimmt Norwegen als letzter der vier EFTA-Staaten dem Beitritt zur Europäischen Union zu.

Wirtschaft und Finanzen

21. März: In Brüssel tagt der Rat für Wirtschaft und Finanzen. Im Mittelpunkt des Treffens stehen dabei vor allem die Annahme von Schlußfolgerungen zum Konvergenzprogramm für Dänemark, die finanzielle Hilfe für die mittel- und osteuropäischen Länder und der Bericht des Rechnungshofs für 1992.

Südafrika

22. März: Bei einem Besuch von Mitgliedern des südafrikanischen Übergangsexekutivrates bei der Kommission in Brüssel werden in erster Linie die politische Lage sowie die bevorstehenden Wahlen in Südafrika erörtert.

Allgemeine Angelegenheiten

22. März: Die Außenminister der Union kommen auf ihrer Tagung in Brüssel zusammen und beraten dabei über die Erweiterung der Europäischen Union.

Justiz und Inneres

23. März: Die für Justiz und Innere Angelegenheiten zuständigen Minister sprechen während eines Treffens insbesondere über die Entwicklung von Europol, die Terrorismus- und Betrugsbekämpfung sowie über den Beitritt der Gemeinschaft zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Europäisches Parlament (EP)

23./24. März: Zusätzliche Plenartagung des EP in Brüssel. Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union. Darüber hinaus berichten die zuständigen Kommissionsmitglieder über die Ergebnisse der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde, den Jahreswirtschaftsbericht der Kommission sowie über die getroffenen Vereinbarungen im Haushaltsbe-

reich. Das EP verabschiedet außerdem Entschlüsse zum Kohäsionsfonds und zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

23./24. März: Auf der 314. Plenartagung des WSA geht es um die Regionen Europas sowie um das Europa der Bürger. Die wichtigsten Stellungnahmen, die angenommen werden, beziehen sich auf das Grünbuch über die europäische Sozialpolitik, die Mobilitätsprogramme der Gemeinschaft sowie auf die Agrarpolitik.

EGKS

24. März: In Madrid trifft sich der Beratende EGKS-Ausschuß zu seiner 312. Tagung. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen dabei Konsultationen über Finanzhilfen für diverse Stahlprojekte, die Zukunft der EGKS-Finanztätigkeiten sowie die Probleme der Eisen- und Stahlindustrie in der Gemeinschaft.

Umwelt und Verkehr

24. März: Auf der Sondertagung des Ministerrates für Umwelt und Verkehr in Brüssel geht es um Schiffssicherheit und die Verhütung von Meeresverschmutzung.

Umwelt

24./25. März: In Brüssel treffen sich die Umweltminister der Union. Die wichtigsten behandelten Punkte sind die Begrenzung der Verschmutzung durch Großfeuerungsanlagen, die Begrenzung des Geräuschemissionspegels von Erdbewegungsmaschinen, das Vierjahresprogramm zur Entwicklung einer Umweltstatistik sowie das Basler Übereinkommen.

Kompromiß von Ioannina

26./27. März: Während der informellen Tagung der Außenminister der Union in

Ioannina (Griechenland) zur künftigen Stimmenverteilung im Rat, einigen sich die Minister darauf, die Sperrminorität im Falle der Erweiterung der Union, von 23 auf 27 Stimmen zu erhöhen. Die Einigung sieht jedoch vor, daß bei mindestens 23 bis 26 Gegenstimmen die Abstimmung über ein strittiges Thema verschoben wird, bis diese Staaten, die sich einem Beschluß des Rates, für den eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist widersetzen, innerhalb einer Frist, die notwendige Sperrminorität erreichen.

G 24

28. März: In Brüssel tagt die Gruppe der 24. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen dabei die Finanz- und Zahlungsbilanzhilfen für Albanien, Bulgarien und Rumänien.

Landwirtschaft

28./29. März: Die Landwirtschaftsminister der Union beraten auf ihrer Tagung in Brüssel hauptsächlich zu den Themen Trockenheit in Portugal, Verlängerung des Wirtschaftsjahres für die Sektoren Milch und Rindfleisch sowie über Entschädigungen für die Referenzmengen im Milchsektor.

San José-Konferenz

28./29. März: In Athen findet das jährliche Treffen zwischen der EU und den mittelamerikanischen Ländern statt. Die Außenminister verabschieden ein gemeinsames Kommuniqué über die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, in dem eine positive Bilanz von zehn Jahren Kooperation und intensivem Dialog zwischen beiden Regionen gezogen wird.

Regierungskonferenz/Erweiterung

30. März: Die Vertreter der zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union kom-

men in Brüssel zu einer Regierungskonferenz zusammen. Auf dieser Tagung wird eine Erklärung zum Beitritt der vier EFTA-Staaten und zu den Beschlüssen von Ioannina verabschiedet.

Gesundheitswesen

30. März: In Brüssel treffen sich die Gesundheitsminister der Europäischen Union zu einem Gedankenaustausch über die Rinderseuche BSE.

GASP/Türkei

31. März: Die Zwölf bekunden in einer gemeinsamen Erklärung ihre Besorgnis über die Verschlechterung der Menschenrechtslage in der Türkei sowie über die Aufhebung der Immunität von sechs Abgeordneten der Türkischen Demokratischen Partei.

April

Ungarn

1. April: Ungarn beantragt als erstes Land des ehemaligen Warschauer Paktes die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union.

Ausschuß der Regionen

5./6. April: Bei der zweiten Plenartagung des Ausschusses der Regionen geht es um die Einrichtung des Kohäsionsfonds sowie um die Einsetzung mehrerer Fach- und Unterkommissionen.

Haushalt

7. April: In Brüssel findet der erste interinstitutionelle Trilog zwischen der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament über die Haushaltsperspektiven der Union im Jahr 1995 statt. Diskutiert wird dabei insbesondere über die Finanzielle

Vorausschau, die Finanzprobleme der Gemeinschaft sowie über die Auswirkungen der Erweiterung auf den Haushaltsplan.

GASP/Südafrika

7. April: Die Zwölf äußern in einer gemeinsamen Erklärung ihre tiefe Besorgnis über das anhaltende Blutvergießen in Südafrika und betonen erneut ihre Entschlossenheit, den Übergang zur Demokratie zu unterstützen.

Polen

8. April: Der polnische Ministerpräsident Pawlak überreicht dem amtierenden Ratspräsidenten der Union, Pangelos, den Beitrittsantrag Polens auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Europarat

11.–14. April: Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Tagesordnungspunkte sind die Lage in Bosnien-Herzegowina, die Flüchtlings- und Asylproblematik sowie Menschenrechtsfragen. Der Schwede Daniel Tarschys wird zum neuen Generalsekretär gewählt. Darüber hinaus nimmt der russische Rechtsextrémist Shirinowskij an der Versammlung teil, was zu starken Protestkundgebungen führt.

Fischerei

12. April: Die zuständigen Minister für Fischerei kommen in Luxemburg zu ihrer Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Direktanlandung von Fischereifahrzeugen unter der Flagge von Drittländern in Häfen der Gemeinschaft, Anpassungen der Beitrittsregelung Spaniens und Portugals, Kabeljaufang in der NAFO-Zone sowie die Treibnetzfischerei und die Marktlage für Fischereierzeugnisse.

Griechenland

13. April: Die Europäische Kommission verklagt die griechische Regierung wegen des von ihr verhängten Handelsembargos gegen die Frühere Jugoslawische Republik Mazedonien vor dem Europäischen Gerichtshof.

OECD

14. April: Mexiko tritt als erstes lateinamerikanisches Land der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei.

GATT

15. April: In einem feierliche Akt unterzeichnen die in Marrakesch versammelten Vertreter der Teilnehmerstaaten die Schlußakte der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde und eröffnen so den Weg zu einer weiteren Liberalisierung des Handelsverkehrs. Außerdem beschließen die Minister der mehr als 120 GATT-Mitgliedstaaten die Gründung einer neuen Welthandelsorganisation (WTO).

EBWE

16.–19. April: In St. Petersburg findet die dritte Jahrestagung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung statt. Die Kommission, vertreten durch ihren Vizepräsidenten Christophersen, äußert sich dabei befriedigt über den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der Union und der EBWE.

GASP/Ruanda

18. April: Die Zwölf bekunden in einer gemeinsamen Erklärung ihre Bestürzung über die Fortsetzung der in Ruanda verübten Gewalt- und Greuelthaten und fordern die gegnerischen Parteien auf, der Gewalt sofort ein Ende zu setzen.

Assoziationsrat EU – Zypern

18. April: In Luxemburg findet die fünfzehnte Tagung des EU-Assoziationsrates mit Zypern statt. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Perspektiven für einen Beitritt Zyperns zur Europäischen Union sowie die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Zypern im Rahmen des Assoziierungsabkommens.

Verkehr

18. April: Die Verkehrsminister der Europäischen Union kommen in Luxemburg zusammen, um über die Lage im europäischen Luftverkehr zu sprechen. Weitere Themen sind die Beziehungen zur Schweiz sowie zu den Ländern Mittel- und Osteuropas im Bereich der Fracht- und Passagierbeförderung im Binnenschiffsverkehr.

Allgemeine Angelegenheiten

18./19. April: Die Außenminister der Europäischen Union kommen zu ihrer Tagung in Luxemburg zusammen. Die wichtigsten Themen dieses Treffens sind die Annahme von Schlußfolgerungen zu Mostar, die die Ernennung des früheren Bremer Bürgermeisters Koschnick zum EU-Verwalter der Stadt vorsehen sowie Schlußfolgerungen zu Südafrika und zum Friedensprozeß im Nahen Osten. Neben den Beitrittsanträgen Ungarns und Polens zur Europäischen Union sowie dem Kohäsionsfonds, werden außerdem noch die Lage in Bosnien, der Stand der Vorbereitungen der Konferenz über den Stabilitätspakt und das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Rußland besprochen.

Europäisches Parlament (EP)

18.–22. April: Plenartagung des EP in Straßburg. Im Vordergrund dieser Tagung stehen die Aussprachen über die Erweite-

rung und über die Amtseinstellung der Kommission. Das Parlament verabschiedet außerdem zahlreiche Entschlüsse im Bereich der Außenbeziehungen. Die wichtigsten Entscheidungen fallen zur Lage in Bosnien-Herzegowina, zum Rückzug der russischen Truppen aus dem Baltikum und zum Stabilitätspakt für Europa. Im Bereich der Menschenrechte nimmt das EP Entschlüsse an zur Verletzung der Menschenrechte von Frauen in Bangladesch, zur Lage in Ruanda, zur Lage der Kurden in der Türkei sowie zur Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs.

Arbeit und Sozialfragen

19. April: Bei der Tagung der zuständigen Minister für Arbeit und Sozialfragen in Luxemburg geht es um das Grünbuch zur europäischen Sozialpolitik, um europäische Betriebsräte, um die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie um den Jugendarbeitschutz.

Troika

19. April: In Luxemburg findet die zweite Ministertagung der Troika der Europäischen Union mit den Außenministern Bulgariens, Polens, Rumäniens, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Ungarns statt. Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, der Ausbau des politischen Dialogs, der Stabilitätspakt sowie die Lage in Rußland, in der Ukraine und im ehemaligen Jugoslawien.

Katastrophenschutz

21. April: Bei der Ministertagung zum Katastrophenschutz in Luxemburg beraten die zuständigen Minister über die gemeinschaftliche Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes.

Industrie

22. April: Die Industrieminister der Europäischen Union beraten auf ihrer Tagung in Luxemburg über das Weißbuch zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, über die Lage der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie über die Automobil- und Stahlindustrie.

Rio-Gruppe

22./23. April: In Sao Paolo kommt es zur vierten Tagung der Europäischen Union mit den lateinamerikanischen Ländern der Rio-Gruppe. Beim Abschluß der Konferenz wird die „Erklärung von Sao Paolo“ abgegeben, in der eine Reihe gemeinsamer Aktionen sowohl auf politischer und wirtschaftlicher Ebene als auch im Bereich der Zusammenarbeit festgelegt werden.

IWF-Tagung

25. April: Bei der Frühjahrstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Washington geht es insbesondere um die Weltwirtschaftslage und um die Reformbemühungen in Rußland. Auf der Konferenz kommen die Teilnehmer zu dem Ergebnis, daß mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht vor Ende 1995 zu rechnen ist. Am Rande dieser Tagung kommt es außerdem auch zu Treffen der G7-Staaten und der Gruppe der 24.

Landwirtschaft

25./26. April: In Luxemburg treffen sich die Landwirtschaftsminister der Union und beraten über die Grund- und Ankaufspreise für Blumenkohl sowie über Sondermaßnahmen für den Transport von frischem Obst und Gemüse mit Ursprung in Griechenland.

Kommission

27. April: Zum Nachfolger von Kommissionsmitglied Matutes wird Marcelino

Oreja Aguirre ernannt. Wie sein Vorgänger ist auch er für den Bereich Verkehr und Energie zuständig.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

27./28. April: Auf seiner 315. Plenartagung nimmt der WSA Stellung zu Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze, zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung, zum Gemeinschaftsprogramm SOKRATES, zur Durchführung der Strukturfondsreform sowie zu Gefahrguttransporten auf der Straße und zu Vereinfachungsmaßnahmen im Bereich der Mehrwertsteuer.

Mai

Europäisches Parlament (EP)

1. Mai: Der Vertrag über die Erhöhung der Abgeordnetenzahl des EP tritt in Kraft. Die Abgeordnetenzahl des EP steigt damit von 518 auf 567 an.

Europäisches Parlament (EP)

2.-6. Mai: Plenartagung des EP in Straßburg. Im Anschluß an die Aussprache über die Erweiterung der Union stimmt das EP mit großer Mehrheit für den Beitritt der vier Bewerberländer. Weitere wichtige Aussprachen betreffen die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates auf Korfu, die Lage in Südafrika nach den Wahlen, den Kohäsionsfonds, die Gemeinschaftsinitiativen und eine Reihe spezieller Programme im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung.

Nahost-Friedensprozeß

4. Mai: In Kairo unterzeichnen der israelische Ministerpräsident Rabin, der Präsident der PLO, Arafat, der ägyptische

Staatspräsident Mubarak sowie die Außenminister der USA und Rußlands, Christopher und Kosyrew, das Abkommen über die Ausführungsbestimmungen für eine beschränkte palästinensische Autonomie im Gaza-Streifen und in Jericho. Als Vertreter der Europäischen Union sagt Kommissionsvizepräsident Marín eine Finanzhilfe von 10 Mio. ECU zur Finanzierung der palästinensischen Polizei zu.

GASP/Israel

4. Mai: Die Zwölf würdigen in einer gemeinsamen Erklärung die Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens durch Israel und die PLO und ersuchen alle Parteien, auf bilateraler und multilateraler Ebene eine positive Rolle im Friedensprozeß zu spielen.

GASP/Ruanda

5. Mai: Die Zwölf appellieren in einer gemeinsamen Erklärung erneut an alle Konfliktparteien, der anhaltenden Gewalt in Ruanda rasch ein Ende zu setzen und das Abkommen von Arusha einzuhalten.

GASP/Südafrika

6. Mai: Die Zwölf äußern sich in einer gemeinsamen Erklärung erfreut über die ersten demokratischen Wahlen in Südafrika und verweisen auf den von ihnen gefaßten Beschluß vom 19. April 1994, in dem sie sich verpflichten, unverzüglich ein Paket von handels-, wirtschafts- und entwicklungspolitischen Maßnahmen für das neue Südafrika zu verabschieden.

Japan

6. Mai: Bei dem Besuch des japanischen Ministerpräsidenten Hata bei der Kommission, geht es um die Beibehaltung des jährlichen Treffens zwischen der Europäi-

schen Union und Japan sowie um die Probleme im Mittelmeerraum und im Nahen Osten.

GASP/Jemen

6. Mai: Die Zwölf bekunden in einer gemeinsamen Erklärung ihre Besorgnis über den Ausbruch der Feindseligkeiten und rufen alle betroffenen Parteien dazu auf, der Gewalt unverzüglich ein Ende zu setzen.

Entwicklung

6. Mai: In Brüssel kommen die Entwicklungsminister der Europäischen Union zusammen. Im Mittelpunkt der Tagung stehen die Themen: Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Gesundheitsbereich, Koordinierung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten, Koordinierung in den internationalen Organisationen. Weitere behandelte Punkte sind die Lage in Südafrika und Ruanda, die Internationale Konferenz über Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen sowie die Lomé IV-Halbzeit-Überprüfung.

Golf-Kooperationsrat

8. Mai: Die Vertreter der Ministerien der einzelnen Golfstaaten und der Europäischen Union kommen in Riad zu ihrer fünften Tagung zusammen. In den Gesprächen geht es insbesondere um die wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit, um die Uruguay-Runde sowie um Menschenrechtsfragen und den Friedensprozeß im Nahen Osten. Weitere Themen sind die Lage im Libanon, in Jemen sowie in Bosnien-Herzegowina.

Westeuropäische Union

9. Mai: Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU in Luxemburg. Auf der Tagung, an der auch die Außen-

und Verteidigungsminister Polens, Ungarns, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, Bulgariens, Rumäniens und der drei baltischen Staaten teilnehmen, werden diese Länder als assoziierte Partner in die WEU aufgenommen.

Europarat

11. Mai: Auf der 94. Tagung des Ministerkomitees des Europarates in Straßburg, unterzeichnen alle Mitgliedstaaten, mit Ausnahme Italiens, das 11. Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention, das die Einsetzung eines einzigen Gerichtshofs für Menschenrechte vorsieht.

Bosnien-Konferenz

13. Mai: In Genf kommen die Außenminister der USA, Rußlands, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Griechenlands und Belgiens sowie die Troika der Europäischen Union zu einer Tagung über Bosnien-Herzegowina zusammen. Ziel der Beratungen ist es, die Verhandlungen über eine neue Friedensinitiative in Gang zu bringen.

Umwelt

13.-15. Mai: Auf Santorini (Griechenland) tagen die Umweltminister der Europäischen Union über Maßnahmen zum Schutz der Umwelt vor den Folgen des Massentourismus.

Wirtschaft und Finanzen

16. Mai: Der Rat für Wirtschaft und Finanzen trifft sich in Brüssel zu seiner Tagung. Wichtigste Themen dieser Sitzung sind die Finanzhilfen für Bulgarien, Rumänien und die Republik Moldau.

Kooperationsrat EU – Ägypten

16. Mai: Auf der neunten Tagung des Kooperationsrates werden der Friedensprozeß

im Nahen Osten, die Wirtschaftslage in Ägypten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und Ägypten sowie die künftige Entwicklung dieser Zusammenarbeit erörtert.

Allgemeine Angelegenheiten

16./17. Mai: Die Außenminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu ihrer Tagung zusammen und beraten über den Beitritt der vier Bewerberländer sowie über den Stabilitätspakt für Europa und die Beförderung der humanitären Hilfe in Bosnien-Herzegowina. Weitere behandelte Punkte sind die Europäische Energiecharta, die Beziehungen zur Schweiz, die Uruguay-Runde über den Dienstleistungsverkehr sowie die Verlegung des Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (CE-DEFOP) nach Saloniki.

Europarat

16.-18. Mai: Auf der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Warschau geht es um den Vorschlag Polens, eine Regionalvertretung für die Länder Mittel- und Osteuropas einzurichten, um die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie um die Lage in Bosnien-Herzegowina.

Verbraucherschutz

17. Mai: Ministertagung des Rates für Verbraucherschutz in Brüssel. Tagesordnungspunkte sind das Informationssystem über Haus- und Freizeitunfälle (EHLASS) sowie die Grünbücher über den Zugang der Verbraucher zum Recht und die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten im Binnenmarkt und über die Verbrauchsgütergarantien und Kundendienst.

EWR

17. Mai: In Brüssel tagt zum ersten Mal der EWR-Rat. Dabei werden Schlußfolge-

rungen zum Funktionieren und zur bisherigen Entwicklung des EWR-Abkommens angenommen.

Ausschuß der Regionen

17./18. Mai: Der Ausschuß der Regionen kommt zu seiner dritten Plenarsitzung zusammen, wobei Kommissionspräsident Delors eine Ansprache über die aktuelle Situation der Europäischen Union hält.

AKP – EU

18.–20. Mai: In Mbabane (Swasiland) findet die 19. Tagung des AKP-EU-Ministerates statt. Im Mittelpunkt der Tagung steht die Einleitung der Verhandlungen über die Halbzeitüberprüfung des Abkommens von Lomé IV.

Polen

19.–21. Mai: Bei dem Besuch des Kommissionspräsidenten Delors in Warschau geht es vor allem um Probleme im Zusammenhang mit der Landwirtschaft, der Sicherheit in Mittel- und Osteuropa, den Infrastrukturen sowie um das Europaabkommen.

Kasachstan

20. Mai: In Brüssel wird das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kasachstan paraphiert.

Argentinien

24. Mai: In Brüssel wird ein Fischereiabkommen zwischen der Gemeinschaft und Argentinien unterzeichnet. Es handelt sich dabei um das erste Abkommen mit einem lateinamerikanischen Land.

Energie

25. Mai: Die Energieminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu ihrer

Tagung zusammen. Gesprächsthemen sind die nukleare Sicherheit in der Energiewirtschaft in Mittel- und Osteuropa und in der GUS, Energie und wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, der Elektrizitätsbinnenmarkt sowie die Europäische Energiecharta.

Stabilitätspakt

26./27. Mai: Eröffnungskonferenz über den Stabilitätspakt in Paris. Auf der Konferenz, die auf Initiative der Europäischen Union einberufen worden war, geht es um die Förderung der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen in Mittel- und Osteuropa. Zum Abschluß der Beratungen nehmen die Teilnehmer der Konferenz einstimmig ein Schlußdokument über die Ziele, Grundsätze und Modalitäten der Ausgestaltung des Stabilitätspaktes sowie ein Dokument über die Gestaltung der regionalen Rundgespräche an.

GASP/Südafrika

27. Mai: Die Zwölf geben in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, alle noch geltenden restriktiven Maßnahmen und Sanktionen gegenüber Südafrika aufzuheben und die neue südafrikanische Regierung mit allen Kräften zu unterstützen.

GASP/Haiti

27. Mai: Die Zwölf verurteilen in einer gemeinsamen Erklärung die vorläufige Amtseinsetzung von Emile Jonassaint, als Präsident der Republik Haiti und schließen sich den vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Embargomaßnahmen an.

Telekommunikation

30. Mai: In Brüssel beraten die für Telekommunikation zuständigen Minister der

Union über die Einführung des offenen Netzzugangs beim Sprachtelefondienst, über einen Orientierungsrahmen für eine Gemeinschaftspolitik im Bereich des Digital-Fernsehens sowie über den 4. Jahresbericht über die Fortschritte bei der Einführung des ISDN und den Informationsaustausch zwischen Verwaltungen.

Algerien

30. Mai: Die Troika der Europäischen Union macht während ihres Besuches in Algerien deutlich, daß die Union entschlossen ist, Algerien politisch und wirtschaftlich zu unterstützen.

Landwirtschaft

30./31. Mai: Bei dem Treffen der Landwirtschaftsminister in Brüssel geht es hauptsächlich um die Festsetzung des Grund- und Ankaufspreises von Blumenkohl, Pfirsichen, Nektarinen, Zitronen, Tomaten und Aprikosen.

Kirgistan

31. Mai: In Brüssel wird das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kirgistan paraphiert.

Juni

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

1./2. Juni: Auf seiner 316. Plenartagung nimmt der WSA Stellung zum Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, zum dritten Bericht über die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte, zu den Gemeinschaftsinitiativen, zu spezifischen Kommunikations- und Technologieprogrammen sowie zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Textilindustrie an.

Gesundheit

2. Juni: Die Gesundheitsminister der Union kommen in Brüssel zu einer Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Themen: Verlängerung des Programms „Europa gegen AIDS“, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und die Schaffung eines Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Kanada – EU

6. Juni: In Brüssel findet das Ministertreffen EU – Kanada im Rahmen des Kooperationsabkommens statt. Erörtert werden dabei insbesondere die Erweiterung der Europäischen Union, die Durchführung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens, die Umsetzung der Ergebnisse der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde sowie bilaterale Fragen.

Jugend

6. Juni: Der zuständige Ministerrat für Jugendfragen berät in Luxemburg über die dritte Phase des Programms „Jugend für Europa III“ sowie über Perspektiven für die Zusammenarbeit im Bereich Jugendfragen.

Wirtschaft und Finanzen

6. Juni: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Union in Luxemburg. Wichtigste Tagesordnungspunkte sind der Europäische Investitionsfonds, die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft sowie die Finanzhilfe an Rumänien.

Europäische Investitionsbank

6. Juni: Auf seiner Jahressitzung errichtet der Rat der Gouverneure der EIB den Europäischen Investitionsfonds (EIF). Die Aufgabe des EIF besteht in erster Linie

darin, langfristige Bürgschaften zu übernehmen, um die Kapitalbildung im Bereich der transeuropäischen Netze und im Telekommunikations- und Energiesektor zu fördern.

Finland

7. Juni: Bei dem Besuch des finnischen Ministerpräsidenten Aho bei der Kommission in Brüssel geht es insbesondere um die politische und wirtschaftliche Lage Finnlands im Hinblick auf das vorgesehene Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union.

OECD

7./8. Juni: Jahrestagung des OECD-Rates auf Ministerebene. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Themen „Arbeitslosigkeit und Beschäftigung“ sowie das multilaterale Handelssystem nach der Unterzeichnung der Schlußakte der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde.

Europäische Energiecharta

7.–11. Juni: Auf der Plenartagung der Konferenz über die Europäische Energiecharta einigen sich die Mitglieder der Tagung über den Vertrag über die Europäische Energiecharta. Ziel der Charta ist die Erhöhung des Energiepotentials der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sowie der mittel- und osteuropäischen Länder, um dadurch eine größere Versorgungssicherheit in der Europäischen Union zu gewährleisten.

Umwelt

8./9. Juni: In Luxemburg beraten die Umweltminister der Europäischen Union vor allem über Abfalldeponien, über das Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähig-

keit und Beschäftigung, über die Verringerung von Schwefelemissionen sowie über den illegalen Handel mit Erzeugnissen aus Tierkörpern und über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen.

Europäisches Parlament (EP)

9.–12. Juni: In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union finden die vierten Direktwahlen zum EP statt. Die Wahlbeteiligung ist im Durchschnitt etwas niedriger als 1989 (56,2% zu 58,4%).

Fischerei

10. Juni: Auf der Tagung der Fischereiminister der Union in Luxemburg geht es hauptsächlich um das Fischereiabkommen mit Grönland, um die Harmonisierung bestimmter technischer Maßnahmen für das Mittelmeer, um die gemeinschaftliche Fanglizenzenregelung sowie um die Ausgleichsregelung für durch extreme Randlage bedingte Mehrkosten bei der Vermarktung bestimmter Fischereierzeugnisse.

Österreich

12. Juni: In dem Referendum zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union hat das österreichische Volk mit einer Mehrheit von 66,6% für den Beitritt gestimmt.

Kooperationsrat EU – Israel

13. Juni: Auf der zwölften Tagung des Kooperationsrates in Luxemburg werden insbesondere die politische Lage im Nahen Osten sowie die Beziehungen zwischen Israel und der Europäischen Union erörtert.

Allgemeine Angelegenheiten

13./14. Juni: In Luxemburg findet die Tagung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten statt. Die wichtigsten behandelten

Punkte sind: der Bericht des Beobachters der Union für Zypern, die neuen Finanzprotokolle mit Zypern und Malta, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Ukraine, die Verwaltung von Mostar, das Embargo gegen Serbien und Montenegro, der Stabilitätspakt sowie die Finanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Verkehr

13./14. Juni: Auf der Tagung der Verkehrsminister in Luxemburg geht es vor allem um die Mindestanforderungen für die Ausbildung von Seeleuten, um Schiffsüberprüfungen, um Gefahrguttransporte sowie um die Vermessung der Ballasträume in Öltankschiffen mit Tanks für getrennten Ballast.

Westeuropäische Union

13.–16. Juni: Auf der Frühjahrstagung der WEU-Versammlung in Paris beraten die Parlamentarier über die künftige Entwicklung der WEU, über die Beziehungen zwischen WEU, NATO und EU sowie über die Ausweitung der Mitgliedschaft.

Ukraine

14. Juni: Der Präsident der Ukraine, Krawtschuk, unterzeichnet ein umfassendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union.

Binnenmarkt

16. Juni: Der Rat für Binnenmarktfragen kommt in Luxemburg zu seiner Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Themen: Entwicklung der Verwaltungszusammenarbeit, nachgeahmte Waren, gefährliche Stoffe, Lebensmittelsüßstoffe, Lebensmittelfarbstoffe, Personen- und Lastenaufzüge.

EUREKA-Konferenz

16. Juni: Zwölfte EUREKA-Ministerkonferenz in Lillehammer. Tagesordnungspunkte sind die europäische Forschungspolitik sowie die Aufnahme Sloweniens in die europäische Forschungsinitiative.

Kultur

17. Juni: In Luxemburg beraten die Minister für Kulturpolitik über das kulturelle Erbe, über das Thema „Kind und Kultur“, über den europäischen Kulturmonat, über die Zusammenarbeit im Archivwesen sowie über die Kulturstadt Europas.

Justiz und Inneres

20. Juni: Bei der Tagung der Justiz- und Innenminister der Union in Luxemburg geht es hauptsächlich um die Themen Einwanderung und Asyl und Einreise von Staatsangehörigen dritter Länder in die Mitgliedstaaten zur Ausübung einer Beschäftigung.

Umwelt und Gesundheit

20.–22. Juni: In Helsinki findet die zweite europäische Konferenz über Umwelt und Gesundheit statt. In den Gesprächen geht es insbesondere um die Zusammenhänge zwischen stadt-spezifischen Gesundheits- und Umweltproblemen und um die Rolle der internationalen Zusammenarbeit.

Landwirtschaft

20.–24. Juni: In Luxemburg treffen sich die Landwirtschaftsminister der Union zu Gesprächen über den gemeinschaftlichen Sortenschutz, über Pflanzenschutzmittel sowie über Ausgaben im Veterinärbereich und die Grund- und Ankaufspreise für Obst und Gemüse für den Monat Juli.

Bildung

21. Juni: Der Rat der Bildungsminister der Union erörtert auf seiner Tagung in Luxemburg das SOKRATES-Programm sowie kulturelle und künstlerische Aspekte der Bildung.

EFTA

21./22. Juni: Bei der Ministertagung der EFTA in Helsinki geht es hauptsächlich um den integrationspolitischen Umbruch der EFTA.

Industrie

22. Juni: In Luxemburg kommen die Industrieminister der Union zu einer Tagung zusammen, bei der es in erster Linie um die Umstrukturierung der Stahlindustrie als auch um ein integriertes Programm für die KMU und das Handwerk geht.

Arbeit und Soziales

22. Juni: Die Sozial- und Arbeitsminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu ihrer Tagung zusammen und beraten über den Jugendarbeitsschutz, die europäischen Betriebsräte, die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie über Berufsbildungsprogramme.

Europäischer Rat

24./25. Juni: Auf Korfu (Griechenland) findet die Tagung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union statt. Die wichtigsten Ereignisse dieses Gipfels, der von einem internen Streit über die Nachfolge von Kommissionspräsident Delors überschattet wird, sind die Unterzeichnung der Akte über den Beitritt Österreichs, Schwedens, Finnlands und Norwegens zur Europäischen Union sowie die Unterzeichnung des Partner-

schafts- und Kooperationsabkommens mit Rußland. Weitere Themen sind die Einsetzung einer Reflexionsgruppe zur Vorbereitung der Regierungskonferenz von 1996, der Friedensprozeß im Nahen Osten, die Lage in Bosnien-Herzegowina und Ruanda, der Stabilitätspakt sowie das Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.

Forschung

27. Juni: Tagung der Forschungsminister der Union in Luxemburg. Auf der Konferenz geht es insbesondere um die spezifischen Programme im Bereich Forschung und technologische Entwicklung. Die Minister erörtern außerdem zwei Berichte über Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit der Schweiz und Israel.

Schengener Abkommen

27. Juni: Der Exekutivausschuß der Mitglieder des Schengener Abkommens tagt in Berlin. Der Ausschuß weist in einem Abschlußkommuniqué darauf hin, daß zum Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen ein betriebsbereites Schengener Informationssystem (SIS) die letzte noch verbleibende Voraussetzung sei.

Europarat

27. Juni – 1. Juli: In Straßburg tagt die Parlamentarische Versammlung des Europarates. Die Themen auf der Tagesordnung sind das von Griechenland verhängte Embargo gegen Mazedonien, die türkische Kurdenpolitik, die Erweiterung der Europäischen Union, die Bevölkerungsentwicklung, Deserteure im ehemaligen Jugoslawien sowie die EBWE.

EGKS

29./30. Juni: Während es auf der konstituierenden Sitzung des beratenden EGKS-

Ausschusses in Luxemburg um die Wahl des Präsidiums geht, stehen bei der ordentlichen Sitzung des Ausschusses insbesondere das technische Forschungsprogramm „Kohle“ für 1994, die Umstrukturierung der Stahlindustrie, das Vorausschätzungsprogramm „Stahl“ für das zweite Halbjahr 1994, die Zukunft der EGKS-Finanztätigkeiten sowie die Einführung vorübergehender Zollmaßnahmen zugunsten einiger Länder Mittel- und Osteuropas auf der Tagesordnung.

Audiovisuelle Politik

30. Juni – 2. Juli: In Brüssel findet die europäische Konferenz über audiovisuelle Medien statt, bei der es um die Zukunft der europäischen Programmindustrie als auch um die Festlegung der audiovisuellen Politik der Gemeinschaft geht.

Juli

Präsidenschaft

1. Juli: Der Ratsvorsitz der Europäischen Union geht von Griechenland an Deutschland über.

China

2.–4. Juli: Bei dem Besuch von Kommissionsmitglied Paleokrassas in China, dem ersten Besuch eines für Umwelt zuständigen Kommissionsmitglieds in China, geht es um die umweltpolitischen Konzepte Chinas und der Europäischen Union als auch um die Umsetzung der auf der Rio-Konferenz verabschiedeten Agenda 21.

GASP/Mostar

5. Juli: In Genf unterzeichnet die EU-Troika mit den Vertretern der WEU, mit den Präsidenten der Republik Bosnien-Herzegowina und der bosnisch-kroatischen Föderation sowie mit den Bürgermeistern

von Mostar, die Vereinbarung über die Verwaltung von Mostar durch die Europäische Union.

Deutschland

5. Juli: Gemeinsame Sitzung der Europäischen Kommission und des Bundeskabinetts in Bonn. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Verbesserung der Beziehungen zum EP, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Abbau der Arbeitslosigkeit.

KSZE

5.–8. Juli: Auf der dritten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE in Wien, geht es in erster Linie um die Sicherheitsstrukturen in Europa, um die künftige Rolle der KSZE, um nationale Minderheiten und Menschenrechte sowie um die Wirtschaftslage in Osteuropa. Die Delegierten verabschieden außerdem eine Erklärung zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien.

EU – Kanada

6. Juli: Im Rahmen der transatlantischen Erklärung treffen sich der kanadische Premierminister Chrétien, Kommissionspräsident Delors und Bundeskanzler Kohl als amtierender Präsident des Europäischen Rates in Bonn. Erörtert werden die Verstärkung der Zusammenarbeit, die Entwicklung der Beschäftigungslage und des Wirtschaftswachstums, Fischereifragen und die Lage in Bosnien.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

6. Juli: Auf seiner 317. Plenartagung verabschiedet der WSA Stellungnahmen zur Durchführung des vierten FTE-Rahmenprogramms, zur Transparenz und Leistungsfähigkeit grenzüberschreitender Zah-

lungssysteme, zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen, zur Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen sowie zum Aktionsrahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Ecuador

6. Juli: Bei dem Besuch des ecuadorianischen Außenministers Parades Pena bei der Kommission geht es um die bilateralen Beziehungen sowie um die nächste Tagung des Gemischten Ausschusses Europäische Union-Andenpakt.

GASP/Besetzte Gebiete

7. Juli: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung den ersten Besuch des Präsidenten der palästinensischen Autonomieverwaltung, Arafat, im Gazastreifen und im Gebiet von Jericho und rufen die beteiligten Parteien dazu auf, den Friedensprozeß fortzusetzen.

G 7

8.-10. Juli: In Neapel findet der zwanzigste Wirtschaftsgipfel der Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen statt. Der russische Präsident Jelzin ist dabei zum ersten Mal an den politischen Erörterungen voll beteiligt. Die Teilnehmer der Konferenz verabschieden ein Gipfel-Kommuniqué zu den Themen Arbeitsplätze und Wachstum, Handel, Umwelt, Entwicklungsländer, nukleare Sicherheit, grenzüberschreitende Kriminalität, KSZE sowie zur Ukraine und Rußland.

Wirtschaft und Finanzen

11. Juli: Die Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union in Brüssel wird dominiert von den Empfehlungen des Rates über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und

der Union sowie von dem Jahresbericht 1993 über die Betrugsbekämpfung.

EU – USA

12. Juli: Im Rahmen der transatlantischen Erklärung treffen sich in Berlin Kommissionspräsident Delors und Kommissionsmitglieder mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Clinton und Bundeskanzler Kohl. In den Gesprächen geht es um die Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung, die Lage in Bosnien, die Sicherheit in Europa, die Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie um die Bekämpfung der Kriminalität.

Kommission

13. Juli: Die Kommission verabschiedet eine Gesamtstrategie für die weiteren Beziehungen der Union zu Asien sowie zur weiteren Entwicklung der Europaabkommen. Die Kommission schlägt darin vor, Asien künftig größere Priorität einzuräumen und die bilateralen Beziehungen zu den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas besser zu strukturieren.

Europäischer Rat

15. Juli: Auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Brüssel, benennen die Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union den luxemburgischen Premierminister Santer, vorbehaltlich der Zustimmung durch das EP, zum Nachfolger von Kommissionspräsident Delors.

Baltische Staaten

18. Juli: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Europäischen Union und der drei baltischen Staaten Freihandelsabkommen, die am 1. Januar 1995 in Kraft treten sollen.

Allgemeine Angelegenheiten

18. Juli: Die Außenminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu ihrer Tagung zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die Freihandelsabkommen mit den baltischen Staaten, die Kooperationsabkommen mit Indien und Sri Lanka, die Lage in Südafrika, Nahrungsmittelhilfen für einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie die neuen Einfuhrregelungen für chinesische Waren.

Sri Lanka

18. Juli: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Europäischen Union und der Republik Sri Lanka ein Kooperationsabkommen über Partnerschaft und Entwicklung.

Landwirtschaft

18./19. Juli: Tagung der Landwirtschaftsminister in Brüssel. Tagesordnungspunkte sind die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für den Zeitraum 1994–1995, die Milchquoten, die Vereinfachung der GAP-Reform sowie eine Aussprache über die Rinderseuche BSE.

Europäisches Parlament (EP)

19.–22. Juli: Konstituierende Sitzung des EP in Straßburg. Der deutsche Sozialdemokrat Klaus Hänsch wird mit 365 von 534 Stimmen zum Parlamentspräsidenten gewählt. In seiner Antrittsrede macht er deutlich, daß er seine Amtszeit dazu nutzen will, die neuen Befugnisse des Parlaments voll auszuschöpfen.

Finnland

21.–23. Juli: Bei einem Besuch von Kommissionspräsident Delors in Finnland geht es um die bilateralen Beziehungen sowie um den Beitritt Finnlands zur Europäischen Union.

GASP/Ruanda

22. Juli: Die Zwölf bekunden in einer Gemeinsamen Erklärung erneut ihr Entsetzen über die Massaker und das Leid der Millionen ruandischer Flüchtlinge. Sie rufen die Nachbarländer Ruandas dazu auf, ihren Einfluß auf die Konfliktparteien geltend zu machen und eine konstruktive Rolle bei der Herbeiführung einer politischen Lösung der Krise zu spielen.

GASP/Mostar

23. Juli: Hans Koschnick, der von der Europäischen Union als Verwalter der Stadt Mostar eingesetzt wurde, tritt sein Amt für einen Zeitraum von zwei Jahren an. An den Feierlichkeiten, anlässlich der Übernahme der Verwaltung der Stadt durch die Union, nehmen auch die Troika und ein Vertreter der Kommission teil.

Haushalt

25. Juli: Der Rat für Haushaltspolitik berät auf seiner Tagung in Brüssel über den Entwurf des Gesamthaushaltsplans für 1995 sowie über die Legislativkonzertierung und die Behandlung der Salden.

ASEAN

25.–27. Juli: In Bangkok findet das Regionalforum der ASEAN sowie im Anschluß daran die jährliche Ministertagung zwischen der Europäischen Union und der ASEAN statt. Im Mittelpunkt steht eine Analyse der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der Union und der ASEAN.

GASP/Israel/Jordanien

26. Juli: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung das Treffen zwischen König Hussein von Jordanien und dem israelischen Ministerpräsidenten

Rabin in Washington, das einen weiteren wichtigen Durchbruch im Nahost-Friedensprozeß darstellt.

Island

27. Juli: Der isländische Ministerpräsident Oddson stattet der Kommission einen Besuch ab, um über die künftigen Beziehungen zwischen Island und der Union nach dem Beitritt Österreichs, Finnlands, Norwegens und Schwedens zu beraten.

Wirtschaft und Finanzen

27. Juli: Die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu ihrer Tagung zusammen und beraten über die Besteuerung von Kapitalerträgen, die endgültige Mehrwertsteuerregelung, den Quellensteuerabzug bei Zinsen und Lizenzgebühren, die CO₂/Energiesteuer, über Biotreibstoffe sowie über einen neuen Eigenmittelbeschluß.

August

Indien

1. August: Das zwischen der Europäischen Union und der Republik Indien abgeschlossene Kooperationsabkommen über Partnerschaft und Entwicklung tritt in Kraft. Hauptziel des Abkommens ist es, die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Indien zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Frühere Jugoslawische Republik
Mazedonien

12. August: Der Ratsvorsitzende der Europäischen Union, Bundesaußenminister Kinkel, empfängt in Bonn den Präsidenten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Gligorov, zu einem Gespräch

über das Verhältnis Mazedoniens zu Griechenland und die Lage im ehemaligen Jugoslawien.

Troika

28. August – 3. September: Eine Delegation der EU-Troika besucht die Länder Burundi, Uganda, Ruanda, Tansania und Zaïre, um das regionale Ausmaß der Krise in Ruanda zu bewerten.

September

EU – Südliches Afrika

5./6. September: In Berlin findet die Ministerkonferenz EU – Südliches Afrika statt. Beim Abschluß dieser Tagung, bei der es um den Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit geht, geben die Teilnehmer eine gemeinsame Erklärung ab, die die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit bildet, in der Südafrika eine entscheidende Rolle spielen soll.

Forschung und Technologie

6. September: Auf der ersten Sitzung der Europäischen Wissenschafts- und Technologieversammlung in Brüssel geht es in erster Linie um organisatorische Aufgaben.

Drogenbekämpfung/
Organisierte Kriminalität

8. September: In Berlin findet die EU-Ministerkonferenz mit den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas über die Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung und der Bekämpfung der organisierten Kriminalität statt. Die Teilnehmer bekräftigen ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit, um die Herausforderung zu bewältigen, die das grenzüberschreitende Verbrechen darstellt.

Finanzpolitik

9./11. September: Bei einem informellen Treffen der Finanzminister der Union in Lindau/Bodensee geht es um die wirtschaftliche Lage der EU-Staaten sowie um die Vorbereitung der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion.

EU/USA/Kanada/Japan

10./11. September: In Los Angeles kommen die Vertreter Japans, Kanadas, der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu einer Vierertagung zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen insbesondere die Umsetzung der Ergebnisse der Uruguay-Runde, die Errichtung der Welthandelsorganisation sowie der Abschluß der Handelsverhandlungen über den Dienstleistungsverkehr.

Allgemeine Angelegenheiten

10./11. September: Auf der Ostseeinsel Usedom kommen die Außenminister der Union zu einer informellen Tagung zusammen, um über die „Kerneuropa“-Diskussion zu beraten. Weitere Themen sind die Lage in Bosnien-Herzegowina und der illegale Handel mit Nuklearmaterial.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

14./15. September: Auf seiner 318. Tagung nimmt der WSA insbesondere Stellung zur Automobilindustrie, zum integrierten Programm für die KMU und das Handwerk, zur Energie-, Asyl- und Währungspolitik der Union, zu den Auswirkungen der Vereinbarungen der Uruguay-Runde, zur Regionalstruktur des Welthandels sowie zum Binnenmarkt und zum FTE-Rahmenprogramm.

Europäisches Parlament (EP)

14./15. September: Schwerpunkte der Sondertagung des EP in Brüssel sind die Aus-

sprache zur Lage in Ruanda, die Rede von Kommissionspräsident Delors zum Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie die Vorlage des Haushaltsentwurfs 1995 durch den Rat.

Philippinen

15. September: Bei dem Besuch des philippinischen Staatspräsidenten Ramos bei der Kommission geht es in erster Linie um die Fortschritte in dem Befriedigungs-, Demokratisierungs- und Stabilisierungsprozeß auf den Philippinen.

Ruanda-Konferenz

16./17. September: 125 Vertreter europäischer und afrikanischer Regierungen, Organisationen und Parlamentarier kommen in Den Haag zu einer Hilfskonferenz über den Wiederaufbau Ruandas zusammen.

GASP/Haiti

19. September: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Ankündigung der illegalen Militärmachthaber in Haiti, bis spätestens 15. Oktober 1995 zurückzutreten.

Wirtschaft und Finanzen

19. September: Die Wirtschafts- und Finanzminister der Union treffen sich in Brüssel zu ihrer Tagung. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Entscheidungen des Rates über das Bestehen übermäßiger Defizite in den Mitgliedstaaten sowie die Schlußfolgerungen des Rates zu den Konvergenzprogrammen Griechenlands und Irlands für den Zeitraum 1994–1999 bzw. 1994–1996.

Landwirtschaft

19./20. September: In Brüssel kommen die Landwirtschaftsminister der Europäischen

Union zu ihrer Tagung zusammen. Tagesordnungspunkte sind Schutzmaßnahmen bei Tiertransporten, die Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein sowie die Anpassung der Agrarstrukturen und der Obst- und Gemüsektor.

Beschäftigungspolitik

22. *September*: Der ständige Ausschuß für Beschäftigungsfragen kommt in Brüssel zu seiner Tagung zusammen, um über den Zusammenhang zwischen Teilzeitarbeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beraten.

Arbeit und Soziales

22. *September*: Bei der Tagung der Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Union in Brüssel, geht es in erster Linie um die europäischen Betriebsräte und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Des weiteren beraten die Minister über das Weißbuch über Sozialpolitik, über Teilzeitarbeit sowie über Erziehungsurlaub.

ASEAN

22./23. *September*: In Karlsruhe findet die elfte Ministertagung EU – ASEAN statt. Bei der Tagung ziehen die Außenminister der Union und der ASEAN die Bilanz ihrer gegenseitigen Beziehungen und verabschieden eine gemeinsame Erklärung, in der sie überein kommen, die Zusammenarbeit zum Nutzen und Vorteil beider Seiten auszubauen.

GASP/Algerien

23. *September*: Die Zwölf bekräftigen in einer gemeinsamen Erklärung ihre Entschlossenheit, eine Politik der demokratischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Umstrukturierung in Algerien zu unterstützen. Sie verurteilen jegliche Form

von Gewalt in diesem Land und erinnern an die Erklärung des Europäischen Rates von Korfu am 24. und 25. Juni 1994.

Binnenmarkt

23./24. *September*: In Frankfurt/Oder kommen die für den Binnenmarkt zuständigen Minister der Union zu einer informellen Tagung zusammen und beraten über den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten zur Europäischen Union.

Uruguay/Chile

24.–29. *September*: Bei den Besuchen von Kommissionspräsident Delors in Uruguay und Chile, geht es in erster Linie um die regionale Zusammenarbeit in Lateinamerika sowie um die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den beiden Staaten.

Verkehr

26. *September*: Die Verkehrsminister der Union verabschieden auf ihrer Tagung in Brüssel Entschlüsse zum Straßengüterverkehr im Binnenmarkt, zur Marktorganisation der Binnenschifffahrt, zur Zivilluftfahrt in Europa sowie zur Telematik im Verkehr. Des weiteren beraten die Minister über einheitliche Verfahren für die Kontrolle von Gefahrguttransporten auf der Straße.

Europäisches Parlament (EP)

26.–30. *September*: Plenartagung des EP in Straßburg. Die Schwerpunkte der Tagung sind der Friedensprozeß in Nordirland, Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten und der Plutoniumsmuggel. Das EP, das in einer Entschlußung ein „Europa à la carte“ ablehnt, befaßt sich außerdem mit den Menschenrechten und nimmt mehrere Entschlüsse zu diesem Thema an. Das EP verabschiedet des wei-

teren Entschließungen zur Weltbevölkerungskonferenz von Kairo, zu Tiertransporten, zur gemeinschaftlichen Mittelmeerpolitik sowie zur Lage in Haiti, Bosnien-Herzegowina und Kuba.

Ausschuß der Regionen

27./28. September: Der AdR nimmt auf seiner 4. Plenarsitzung, an der Kommissionsmitglied Millan die Leitlinien des Dokuments „Europa 2000 +“ vorstellt, Stellungnahmen zum Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, zu den Leitlinien für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes, zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen, zur Interoperabilität des europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes sowie zum Aktionsplan zur Krebsbekämpfung an.

Industrie

28. September: Tagung der Industrieminister der Europäischen Union in Brüssel. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Umstrukturierung der europäischen Stahlindustrie sowie eine Entschließung zu einem integrierten Programm für die KMU und das Handwerk.

Fischerei

28. September: Auf der Tagung der Fischereiminister in Brüssel geht es insbesondere um die Krise des Fischereisektors als auch um die Fischerei in der Barentsee.

Industrie-Telekommunikation

28. September: Die für die Industrie-Telekommunikation zuständigen Minister der Union beraten auf ihrer Tagung in Brüssel in erster Linie über den Aktionsplan „Europas Weg in die Informationsgesellschaft“.

Forschung

29. September: In Brüssel kommen die Forschungsminister der Europäischen Union zusammen und beraten über diverse Programme für Forschung und technologische Entwicklung.

NATO

29. September: Bei einem Sondertreffen des NATO-Rates in New York wird der belgische Außenminister Willy Claes zum neuen Generalsekretär der NATO gewählt. Er tritt die Nachfolge des am 13. August verstorbenen Manfred Wörner an.

Oktober

G 7/G 24

2. Oktober: In Madrid treffen sich die Vertreter der sieben führenden Industriestaaten und die in der Gruppe der 24 zusammengeschlossenen Entwicklungsländer zu einer Tagung. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Forderung der 24 nach einer Erhöhung der Sonderziehungsrechte (SZR) um 53 Mrd. Dollar.

AKP-EU-Versammlung

3.–6. Oktober: In Libreville (Gabun) findet die 19. Tagung der Paritätischen Versammlung der AKP-Staaten und der Europäischen Union statt. Zentrale Themen der Versammlung sind die Halbzeitüberprüfung des Vierten Abkommens von Lomé und die Frage der Bindung der Hilfe an die Achtung der Menschenrechte in den Empfängerstaaten. Neben der Annahme zahlreicher Entschließungen werden auch wirtschaftliche Fragen und die Lage in Ruanda erörtert.

Europarat

3.–7. Oktober: Die Parlamentarische Versammlung des Europarates tagt in Straß-

burg. Dabei lehnen die Parlamentarier den Entwurf für eine Bioethik-Konvention ab und stimmen für die Aufnahme Andorras in den Europarat.

Verbraucherschutz

4. Oktober: In Brüssel findet das erste europäische Verbraucherforum statt, bei dem es in erster Linie um den Zugang der Verbraucher zum Recht sowie um Garantien und Kundendienste geht.

Allgemeine Angelegenheiten

4. Oktober: Auf ihrer Tagung in Luxemburg beraten die Außenminister der Europäischen Union insbesondere über den Internationalen Fonds für Irland, über die Beziehungen der Union zu den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas, über die Gesamtpolitik gegenüber der Ukraine sowie über die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Belarus, den Kaukasus-Republiken, Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan. Weitere Themen sind die Ziele und Prioritäten der Union in bezug auf Ruanda und die Vorbereitung des Europäischen Rates in Essen.

Umwelt

4. Oktober: Bei der Tagung der Umweltminister der Europäischen Union in Luxemburg geht es vor allem um den Schutz des Grundwassers, um die europäischen Umweltzeichen sowie um die Vorbereitung der Ratstagung mit den Umweltministern der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas.

Kulturpolitik

4./5. Oktober: Die europäische Konferenz „Der Bürger und das kulturelle Erbe“ tagt in Brüssel. Die Konferenz ist in erster Linie darauf angelegt, ein Beratungs- und

Diskussionsforum zu schaffen, das allen auf nationaler und internationaler Ebene mit der Erhaltung des kulturellen Erbes befaßten Kreisen offensteht.

IWF

4.-6. Oktober: In Madrid findet die 49. Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank statt. Die Tagung wird dominiert von den Auseinandersetzungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern über die Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte und dem neuen Rechtsrahmen für ein Umschuldungsabkommen zwischen Rußland und seinen Gläubigerbanken.

GASP/Burundi

5. Oktober: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Amtseinführung des Präsidenten der Republik Burundi, Ntibantunganya.

Umweltpolitik

5. Oktober: In Luxemburg kommt es zur gemeinsamen Tagung der Umweltminister der Europäischen Union und der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas. Dabei verabschieden die Minister Schlußfolgerungen, die betonen, daß Dialog und Zusammenarbeit unverzichtbar sind und die geltenden Rechtsvorschriften im Bereich der Umwelt angeglichen werden müssen.

Vereinte Nationen/Jugoslawien

5. Oktober: Auf Empfehlung der Vermittler von UN und EU, Lord Owen und Thorvald Stoltenberg, lockert der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für zunächst 100 Tage die seit mehr als zwei Jahren bestehenden Sanktionen gegen Serbien und Montenegro.

EGKS

6. Oktober: Der beratende Ausschuß der EGKS tritt in Luxemburg zu seiner 315. Tagung zusammen. Tagesordnungspunkte sind die Freihandelsabkommen mit den baltischen Staaten, die Europäische Energiecharta, der EGKS-Funktionshaushaltsplan, die Umstrukturierung der Stahlindustrie sowie Beihilfen für den Stahlsektor.

Südafrika

10. Oktober: Zum Abschluß seines Besuchs in Südafrika, unterzeichnen Kommissionsmitglied Sir Leon Brittan und der südafrikanische Vizepräsident Mbeki ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Südafrika.

Ruanda

10. Oktober: Bei einem Besuch von Premierminister Twagiramungu bei der Kommission geht es in erster Linie um die Lage in Ruanda und im südlichen Afrika.

Wirtschaft und Finanzen

10. Oktober: Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union in Luxemburg. Die wichtigsten Themen der Tagung sind das überarbeitete Konvergenzprogramm Spaniens für den Zeitraum 1995–1997 sowie die übermäßigen öffentlichen Defizite einiger Mitgliedstaaten.

KSZE

10. Oktober: In Budapest beginnt die KSZE-Überprüfungskonferenz, die die Aufgabe hat, alle Aktivitäten der KSZE zu überprüfen und Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität in Europa zu beschließen.

Audiovisuelle Medien/
Information/Kommunikation

11. Oktober: In Brüssel findet die erste Sitzung des beratenden Gremiums „Infor-

mationsempfänger“ statt. Das halbjährlich tagende Gremium gibt Stellungnahmen zur Informations- und Kommunikationsstrategie der Kommission ab.

GASP/Irak

11. Oktober: Die Zwölf fordern in einer gemeinsamen Erklärung den Irak auf, seine Truppen unverzüglich aus dem Grenzgebiet zu Kuwait zurückzuziehen und sich jeder Konfrontation zu enthalten.

Jugoslawien-Krise

12. Oktober: Die Jugoslawien-Vermittler von UN und EU, Lord Owen und Thorvald Stoltenberg, treffen sich in Moskau mit dem russischen Außenminister Kosyrew, um über die Lage im ehemaligen Jugoslawien zu beraten.

Deutschland

12. Oktober: Bei einem Besuch bei der Kommission spricht sich Bundespräsident Herzog für die Stärkung des Europäischen Parlaments und gegen ein „Europa à la carte“ aus.

Zaire

14. Oktober: Der zairische Premierminister Kango Wa Kondo statet der Kommission einen Besuch ab, um die politische und wirtschaftliche Lage in Zaire und im südlichen Afrika zu erörtern.

GASP/Haiti

15. Oktober: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Rückkehr der verfassungsmäßigen Regierung unter Führung des frei gewählten Präsidenten Aristide nach Haiti und bekräftigen ihre Bereitschaft zum Wiederaufbau des Landes beizutragen.

Finnland

16. Oktober: In einem Referendum stimmt das finnische Volk mit einer Mehrheit von 56,9% dem Beitritt Finnlands zur Europäischen Union zu.

Europarat

17./18. Oktober: In Warschau treffen sich die Vertreter der Mitgliedstaaten des Europarates zu einer Tagung über die Entwicklung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung in den ehemals kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

18.–20. Oktober: In Brüssel findet die konstituierende Tagung des WSA statt. Kommissionspräsident Delors, die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Pery und der Präsident des Ausschusses der ständigen Vertreter von Kyaw, die auch an der Sitzung teilnehmen, betonen in ihren Reden die Bedeutung des WSA.

Wirtschaft und Finanzen

21. Oktober: In Brüssel kommen die zuständigen Minister der Europäischen Union zu einer Sondertagung zusammen und beraten über den neuen Eigenmittelbeschluß sowie über die Milchquoten.

Landwirtschaft

24./25. Oktober: Bei der Tagung der Landwirtschaftsminister der Europäischen Union in Luxemburg geht es vor allem um die Anpassung der Agrarstrukturen, um den Flächenstillegungssatz, um den Schutz von Tieren beim Transport, um die Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Wein sowie um ein Übereinkommen über die Kontrolle der Verbringung von Abfällen.

Europäisches Parlament (EP)

24.–28. Oktober: Plenartagung des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der Tagung stehen insbesondere die erste Lesung des Haushaltsplans 1995, das Weißbuch zur Sozialpolitik, die Umstrukturierung der Stahlindustrie, die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung sowie die Finanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Weitere Themen sind das Wahlrecht bei Kommunalwahlen, die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Maghreb-Ländern sowie das Gemeinschaftsprogramm SOKRATES. Das EP verabschiedet außerdem Entschlüsse zur Menschenrechtssituation in China, Tibet, Iran, Äquatorial-Guinea und Äthiopien, zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie zum Friedensprozeß im Nahen Osten und zur Lage in Ruanda und Burundi.

Nahost-Friedensprozeß

26. Oktober: In Eilat/Akaba unterzeichnen der israelische Ministerpräsident Rabin und sein jordanischer Amtskollege Majali das Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien. Die Anwesenden, darunter auch die Troika der Europäischen Union, unterstreichen die Bedeutung des Abkommens für die Aufnahme gemeinsamer Arbeiten zur Sicherung von Wohlstand und Frieden in der Region.

GASP/Israel/Jordanien

26. Oktober: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung nachdrücklich die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Israel und Jordanien, als einen wesentlichen Schritt zu einem gerechten und dauerhaften Frieden im gesamten Nahen Osten.

Südkorea

27. Oktober: In Brüssel findet die jährliche Ministertagung zwischen der Europäischen

Union und Südkorea statt. Bei der Tagung geht es insbesondere um die Entwicklung des Handels und der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Weitere Themen sind die Beziehungen der beiden Parteien zu den USA und Japan, die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Umsetzung der Ergebnisse der Uruguay-Runde.

Assoziierte Länder Mittel- und Osteuropas

31. Oktober: In Luxemburg kommen die Außenminister der Europäischen Union und der vier Beitrittsländer mit ihren Amtskollegen aus Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, der Slowakischen und der Tschechischen Republik zu einem Treffen zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Überlegungen zu den allgemeinen Leitlinien einer Strategie zur Vorbereitung der assoziierten Länder auf den Beitritt zur Europäischen Union.

Allgemeine Angelegenheiten

31. Oktober: Die Außenminister der Europäischen Union beraten auf ihrer Tagung in Luxemburg über die Verwaltung der Stadt Mostar, über die Ministerkonferenz mit den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas, über den Stabilitätspakt, über Slowenien und Kroatien, über die Mittelmeerpolitik der Union, über die Lage im ehemaligen Jugoslawien sowie über die Ukraine, die Türkei und die baltischen Staaten.

November

Wirtschaft und Finanzen

7. November: Im Mittelpunkt der Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union in Brüssel stehen das Weißbuch über Wachstum, Wettbewerbs-

fähigkeit und Beschäftigung, die Beziehungen zu den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas, die Finanzhilfen für die Ukraine, die Besteuerung von Sparerträgen als auch der Verbrauchsteuersatz auf Bio-Kraftstoffe.

EGKS

7. November: In Luxemburg findet eine außerordentliche Tagung des beratenden EGKS-Ausschusses statt. Tagesordnungspunkte sind die Umstrukturierung der Eko-Stahl GmbH in Eisenhüttenstadt, die für Polen geltenden Wettbewerbsvorschriften sowie die Einfuhr bestimmter Stahlerzeugnisse mit Ursprung in der Tschechischen und Slowakischen Republik.

Sozialpolitik

8. November: Bei der Arbeitssitzung über Ausbildung, an der neben Kommissionspräsident Delors auch leitende europäische Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter teilnehmen, geht es vor allem um die berufliche Weiterbildung und um die Förderung der beruflichen Bildung im technischen Bereich.

Industrie

8. November: Tagung der Industrieminister der Europäischen Union in Brüssel. Schwerpunkte der Sitzung sind die Beihilfen an die Eko-Stahl GmbH, der Jahresbericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik, der Arzneimittelsektor sowie der Maschinen- und Schiffbau.

Kultur

10. November: Die für Kulturpolitik zuständigen Minister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu ihrer Tagung zusammen und beraten insbesondere über die Gemeinschaftsaktionen zugunsten der

Kultur. Weitere Themen sind die kulturellen Aspekte der Vorbereitung der mittel- und osteuropäischen Länder auf den Beitritt zur EU sowie das Unidroit-Übereinkommen.

Europarat

10. November: Auf der Tagung des Ministerkomitees des Europarates in Straßburg geht es um die Umsetzung der Beschlüsse, die die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Wien 1993 gefaßt hatten. Außerdem nehmen die Minister ein Rahmenübereinkommen über den Schutz der Minderheiten an und prüfen ferner die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz.

Kroatien

10. November: Bei dem Besuch des stellvertretenden kroatischen Ministerpräsidenten Granic bei der Kommission steht die politische Lage in Bosnien-Herzegowina und Kroatien im Mittelpunkt der Gespräche. Ein weiteres Thema ist die Einbeziehung Kroatiens in die Aktion PHARE.

Schweden

13. November: In einem Referendum hat das schwedische Volk mit einer Mehrheit von 52,2% dem Beitritt Schwedens zur Europäischen Union zugestimmt.

Landwirtschaft

14. November: Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union treffen sich in Brüssel zu ihrer Tagung. Themenschwerpunkte sind Gelbfette, die Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen, die Reform der gemeinsamen Marktorganisation sowie die Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Uruguay-Runde (Landwirtschaft).

Westeuropäische Union

14. November: Auf ihrer Tagung in Noordwijk (Niederlande) ernennen die WEU-Außenminister den Portugiesen Cutilheiro zum neuen WEU-Generalsekretär. Des weiteren erörtern die Minister die Lage in Bosnien-Herzegowina und die Möglichkeiten eines WEU-Beitritts der assoziierten mittel- und osteuropäischen Reformländer.

Fischereipolitik

14.-16. November: In Warnemünde (Deutschland) findet die internationale Konferenz über wirtschaftliche und biologische Aspekte der Fischerei in der Ostsee statt. Bei der Konferenz geht es vor allem um die Bewirtschaftung der Bestände, die Struktur der Fangflotten und die Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen von Fischereierzeugnissen aus der Ostsee.

Europäisches Parlament (EP)

14.-18. November: In Straßburg findet eine Plenartagung des EP statt. In einer Aussprache zur Lage in Bosnien-Herzegowina fordert das EP ein einheitliches Vorgehen der NATO-Partner sowie die Einhaltung der Resolutionen der Vereinten Nationen. Weitere Themen der Tagung sind die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit dem Mittelmeerraum und dem Mercosur sowie der Jahresbericht des Rechnungshofs. Des weiteren befaßt sich das EP mit der Errichtung eines Übersetzungszentrums für die Organe der Gemeinschaft, mit den Freihandelsabkommen mit den baltischen Staaten und dem Programm „Europa gegen Aids“.

Europäisches Währungsinstitut

15. November: Auf der ersten Tagung des EWI-Rates in Frankfurt, erklärt EWI-Prä-

sident Lamfalussy, daß Beschlüsse zur Aufstellung eines genauen Zeitplans für die Vorbereitung der dritten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion getroffen wurden.

Ausschuß der Regionen

15./16. November: Auf seiner Plenartagung nimmt der AdR Entschließen zum Subsidiaritätsprinzip, zum Weißbuch „Europäische Sozialpolitik“, zur Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten Projekten, zum europäischen Jahr für lebenslanges Lernen sowie zu den Gemeinschaftsprogrammen zur Gesundheitsförderung und Drogenabhängigkeitsprävention an.

Haushalt

16. November: Auf der Tagung der Haushaltsminister der Union in Brüssel geht es in erster Linie um die Fortsetzung des Haushaltsverfahrens 1995 als auch um die Anpassung der Finanziellen Vorausschau.

Telekommunikation

17. November: Die für Telekommunikationspolitik zuständigen Minister der Union treffen sich in Brüssel zu ihrer Tagung. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen insbesondere die Anwendung von Normen für die Ausstrahlung von Fernsehsignalen, die Raumsegmentkapazität, die Telekommunikationsinfrastruktur sowie die Entwicklung des dienstintegrierenden digitalen Fernmeldeetzes zu einem transeuropäischen Netz.

EU – Japan

19. November: In Tokio findet das sechste Ministertreffen zwischen der Europäischen Union und Japan statt. Zentrale Themen sind die wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen der Union und Japan, die Einigung, ein Abkommen

über die gegenseitige Anerkennung von Verfahren für die Kennzeichnung von Industrieprodukten auszuhandeln sowie der Beschluß, einen Mechanismus zur Überwachung der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel auf europäische Produkte einzuführen.

Verkehr

21./22. November: Tagung der Verkehrsminister der Europäischen Union in Brüssel. Tagesordnungspunkte sind in erster Linie die Sicherheit von „Roll-on/Roll-off“-Passagierschiffen, die Ausbildung von Seeleuten, die Kontrolle von Schiffen in Gemeinschaftshäfen sowie die Entwicklung eines globalen Navigations satellitensystems.

GASP/Angola

22. November: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der angolischen Regierung und der UNITA und sind bereit, die angolische Regierung bei dem Wiederaufbau und der Entwicklung Angolas zu unterstützen.

Fischerei

23. November: Bei der Tagung der Fischereiminister der Europäischen Union geht es in erster Linie um die Preise für das Fischwirtschaftsjahr 1995. Weitere wichtige Themen sind die gemeinsame Marktorganisation im Fischereisektor, die Genehmigung der Fischerei in den Gewässern der Drittländer im Rahmen eines Fischereiabkommens sowie die Einhaltung der in der Beitrittsakte vorgesehenen Bestimmungen bezüglich der Fischereitätigkeit.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

23./24. November: In Anwesenheit von Kommissionsmitglied Flynn, der die wich-

tigsten Elemente des Weißbuchs „Sozialpolitik“ erläutert, nimmt der WSA auf seiner 320. Plenartagung insbesondere Stellung zur Sozialpolitik, zu den transeuropäischen Netzen, zur Einfuhr von Rindern, zur Fischereipolitik, zur Interoperabilität des europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes als auch zu den Schlußfolgerungen der GATT-Abkommen.

Entwicklung

25. *November*: Die für Entwicklungspolitik der Union zuständigen Minister treffen sich in Brüssel, um vor allem über die Politik der Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahre 2000, über Maßnahmen für die Tropenwälder und über ein Sofortmaßnahmeprogramm für den Wiederaufbau Ruandas zu beraten.

Norwegen

28. *November*: In einem Referendum hat das norwegische Volk mit einer Mehrheit von 52,2% den Beitritt Norwegens zur Europäischen Union abgelehnt.

EU – Republik Moldau

28. *November*: In Brüssel unterzeichnen Vertreter der Europäischen Union und der Republik Moldau ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, mit dem das 1990 mit der UdSSR geschlossene Abkommen über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzt werden soll.

EU – Syrien

28. *November*: In Brüssel kommt es zur ersten Tagung des Kooperationsrates EU – Syrien. Im Verlauf der Tagung erläutert der syrische Außenminister Al Shara den Standpunkt seiner Regierung zum Verlauf des Friedensprozesses im Nahen Osten und weist auf die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Syrien seit der

Unterzeichnung des Kooperationsabkommens im Jahr 1977 hin.

Westeuropäische Union

28. *November*: In Paris tagt die Versammlung der WEU. Während der Tagung spricht sich Generalsekretär Cutilheiro für die Stärkung der WEU aus. Der rumänische Staatspräsident Illiescu, weist in seinem Beitrag als Gastredner auf den Wunsch Rumäniens hin, sowohl der EU, der WEU als auch der NATO beizutreten.

Allgemeine Angelegenheiten

28. *November*: Bei dem Treffen der Außenminister der Europäischen Union in Brüssel stehen vor allem die Finanzhilfen für Albanien und die Verhandlungen mit den baltischen Staaten über Europaabkommen im Vordergrund. Weitere Themen sind die Mittelmeerpolitik der Union, die Beziehungen zu den AKP-Staaten, zur Türkei und Slowenien sowie die Beziehungen zu den assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas.

Troika/Naher Osten

28. *November*: In Brüssel kommt es zu einem Treffen zwischen der Troika der Europäischen Union und dem Präsidenten der palästinensischen Autonomieverhandlungen, Arafat, sowie dem israelischen Außenminister Peres. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Unterstützung der Europäischen Union für den Friedensprozeß.

Energie

29. *November*: Die Energieminister der Europäischen Union treffen sich in Brüssel zu ihrer Tagung. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte sind der Elektrizitätsinnenmarkt, das Grünbuch über Leitlinien für die Energiepolitik, die europäische Energiecharta, die transeuropäischen Ener-

gienetze und die Überprüfung des Gemeinschaftsrechts im Energiesektor.

Jugend

30. November: Die für Jugendpolitik zuständigen Minister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu einer Tagung zusammen und beraten über die dritte Phase des Programms „Jugend für Europa“, über die Ergebnisse der nationalen Anhörung zu Jugendfragen in Frankreich sowie über die informelle Tagung der für Jugendfragen zuständigen Minister der Mitgliedstaaten des Europarates.

Europäisches Parlament (EP)

30. November/1. Dezember: Zusätzliche Plenartagung des EP in Brüssel. Im Hinblick auf den Europäischen Rat von Essen finden im Parlament in erster Linie Aussprachen über die Beschäftigung, die Informationsgesellschaft und den Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union statt.

Justiz und Inneres

30. November/1. Dezember: Im Mittelpunkt der Tagung der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union in Brüssel stehen die Themen: Gründung der europäischen Polizeibehörde Europol, Reiseerleichterungen für Schüler, Beziehungen zu den Drittländern in den Bereichen Justiz und Inneres, Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Schutz der finanziellen Interessen, Aktionsplan 1993 in den Bereichen Justiz und Inneres.

AKP-EU-Ministerrat

30. November/1. Dezember: Zentrales Thema der zwanzigsten Tagung des AKP – EU-Ministerrates in Brüssel ist die Halbzeitüberprüfung des Abkommens von Lomé IV.

Dezember

Forschung

1. Dezember: Die Forschungsminister der Europäischen Union beraten auf ihrer Tagung in Brüssel über spezifische Programme im Bereich des Verkehrs, der Biotechnologie, der Sicherheit und Kernspaltung, der Ausbildung und Mobilität von Wissenschaftlern sowie über ein Programm im Bereich der Biomedizin und des Gesundheitswesens.

Ukraine

1. Dezember: Besuch des ukrainischen Außenministers Udowenko bei der Kommission in Brüssel. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen die bilateralen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine.

Marokko

1. Dezember: Bei dem Treffen der EU-Troika mit dem marokkanischen Innenminister Basri in Brüssel geht es in erster Linie um die Maßnahmen der marokkanischen Regierung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels.

Wirtschaft und Finanzen

5. Dezember: In Brüssel tagen die Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union. Die wichtigsten behandelten Punkte sind das Konvergenzprogramm der Niederlande 1995–1998, Finanzhilfen für die Ukraine, Algerien und die Slowakische Republik sowie die Anpassung der finanziellen Vorausschau im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union.

KSZE

5./6. Dezember: In Budapest kommt es zum vierten Gipfeltreffen der Staats- und

Regierungschefs der 53 Teilnehmerstaaten der KSZE. Am Ende der Tagung, bei der es vor allem um Fragen der Sicherheit in Europa sowie um die Konflikte in Bosnien und Berg-Karabach geht, wird ein Schlußdokument mit dem Titel „Der Weg zu echter Partnerschaft in einem neuen Zeitalter“ verabschiedet. Gemäß dieser Erklärung soll die Konferenz zum 1. Januar 1995 in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa umbenannt werden.

Bildung

5. Dezember: Bei dem Treffen der Bildungsminister der Europäischen Union in Brüssel geht es u. a. um die Förderung der Bildungsstatistik sowie um die Qualität und Attraktivität beruflicher Bildung.

Arbeit und Soziales

6.–21. Dezember: Die Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu ihrer Tagung zusammen und beraten über das Programm zur Berufsbildungspolitik „Leonardo da Vinci“ als auch über die Perspektiven einer Sozialpolitik der Europäischen Union. Weitere Themen sind Teilzeitarbeitsverhältnisse und der Weltgipfel über soziale Entwicklung.

GASP/Ukraine

8. Dezember: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung den Beitritt der Ukraine zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

Verbraucherschutz

8. Dezember: Die in der Europäischen Union zuständigen Minister für Verbraucherschutz treffen sich in Brüssel zu ihrer Tagung und beraten vor allem über die Grünbücher, über den Zugang der Verbraucher zum Recht und die Beilegung

von Rechtsstreitigkeiten der Verbraucher im Binnenmarkt sowie über Verbrauchsgütergarantien.

Binnenmarkt

8. Dezember: In Brüssel tagt der Rat für Binnenmarktfragen zu folgenden Themen: Datenschutz, gefährliche Stoffe, Informationsgesellschaft, Gemeinschaftspatente, Funktionieren des Binnenmarktes.

GASP/Türkei

9. Dezember: Die Zwölf äußern sich in einer gemeinsamen Erklärung besorgt über die vom Staatssicherheitsgerichtshof in Ankara verkündeten Urteile gegen acht ehemalige Mitglieder der Großen Türkischen Nationalversammlung.

Europäischer Rat

9./10. Dezember: In Essen findet die Tagung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union statt, an der auch erstmals die Ministerpräsidenten und Außenminister Polens, Ungarns, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, Bulgariens und Rumäniens teilnehmen. Zentrales Thema der Tagung ist der Beschluß über eine Strategie zur Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten. Weitere Themen sind die künftige Mittelmeerpolitik der Europäischen Union, die Lage im ehemaligen Jugoslawien, die Annahme eines Fünf-Punkte-Plans zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Trans-europäischen Netze sowie der Aktionsplan der Kommission zur Informationsgesellschaft.

Landwirtschaft

12.–15. Dezember: Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union beraten auf ihrer Tagung in Brüssel über die Einfuhr

neuseeländischer Butter in das Vereinigte Königreich, über Rindersomatropin, über Hygienevorschriften für Milcherzeugnisse sowie über Währungsfragen im Agrarsektor.

Europäisches Parlament (EP)

12.-16. Dezember: Plenartagung des EP in Straßburg. Schwerpunkte der Tagung sind die Anpassung der Finanziellen Vorausschau und die Annahme des Gesamthaushaltsplans für 1995, die Zustimmung zu den Schlußfolgerungen der Schlußakte der Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde sowie die Ergebnisse des Europäischen Rates von Essen. Des weiteren nimmt das EP Entschlüsse zur Lage in Ruanda, Tschetschenien und Guatemala sowie zur sozialen Lage in der Landwirtschaft an.

Haushaltspolitik

13. Dezember: In Straßburg vereinbaren der Rat, das Parlament und die Kommission die finanzielle Vorausschau der fünfzehn Mitgliedstaaten umfassenden Union.

EFTA

13./14. Dezember: Auf der Ministertagung des EFTA-Rates in Genf geht es um die Frage einer möglichen EFTA-Erweiterung sowie um das Ausscheiden Finnlands, Schwedens und Österreichs aus der Europäischen Freihandelsorganisation.

GASP/Namibia

14. Dezember: Die Zwölf begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung den ordnungsgemäßen Ablauf der ersten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Namibia und rufen die beteiligten Parteien dazu auf, die Politik der nationalen Aussöhnung fortzusetzen.

Umwelt

15./16. Dezember: Die Umweltminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu ihrer Tagung zusammen und beraten über eine Gemeinschaftsstrategie zur Verringerung der CO₂ Emissionen, einschließlich der Energiesteuer, über den Klimagipfel in Berlin sowie über ein Abkommen zum Schutz der Alpen. Weitere Themen sind die Beseitigung der PCB/PCT und die Verbrennung gefährlicher Abfälle.

EGKS

16. Dezember: In Luxemburg trifft sich der Beratende EGKS-Ausschuß zu seiner 318. Tagung. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen dabei das Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen mit der Ukraine, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Republik Moldau, die Umstrukturierung der gemeinschaftlichen Stahlindustrie und die Lage auf dem Schrottmarkt.

Europäische Energiecharta

17. Dezember: In Lissabon unterzeichnen Kommissionsmitglied Oreja im Namen der Europäischen Union sowie 46 der 51 an den Verhandlungen beteiligten Parteien den Vertrag über die Europäische Energiecharta. Mit dieser Unterzeichnung wird die 1991 gegebene politische Absichtserklärung in ein rechtsverbindliches Vertragswerk umgesetzt.

Assoziationsrat EU – Türkei

19. Dezember: Auf der Tagung des Assoziationsrates EU – Türkei in Brüssel ziehen die Teilnehmer eine Bilanz der Beziehungen. Wegen des Widerstands eines der Mitgliedstaaten gelangt der Assoziationsrat jedoch zu keiner Einigung über die Zollunion.

Allgemeine Angelegenheiten

19./20. Dezember: In Brüssel tagt der Rat für Allgemeine Angelegenheiten. Die wichtigsten Themen sind das Wahlrecht bei Kommunalwahlen, die Schlußfolgerungen betreffend die Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde, die Europaabkommen mit Bulgarien, Rumänien, der Tschechischen und Slowakischen Republik, die Freihandelsabkommen mit den baltischen Staaten sowie das Übereinkommen über den Schiffbau im Rahmen der OECD.

Fischerei

19.-22. Dezember: Auf ihrer Tagung in Brüssel legen die Fischereiminister der Union den Streit um spanische Fangrechte in den irischen Gewässern bei. Weitere Themen sind die Fangquoten in den Gewässern Norwegens, Grönlands, Islands und der baltischen Staaten.

EWR

20. Dezember: In Brüssel findet die zweite Tagung des EWR-Rates statt. Einvernehmen erzielt der Rat insbesondere über die wichtigsten am EWR-Abkommen vorzunehmenden Änderungen, so daß Liechtenstein am EWR teilnehmen kann.

Westeuropäische Union

20. Dezember: Bei dem Besuch von WEU-Generalsekretär Cutileiro bei der Kommission geht es in erster Linie um die Entwicklung der europäischen Identität im Sicherheits- und Verteidigungsbereich sowie um Grenzen und Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Regierungskonferenz

20. Dezember: Auf der Regierungskonferenz in Brüssel erzielen der Rat, das EP und die Kommission Einigung über die

Durchführungsmaßnahmen zu den gemäß Art. 189 b EG-Vertrag erlassenen Rechtsakten, über die Untersuchungsbefugnis des EP sowie über ein beschleunigtes Arbeitsverfahren für die konstitutive Kodifizierung von Rechtsvorschriften.

Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA)

21. Dezember: Auf der 321. Tagung des WSA zieht Staatssekretär Lammert die Bilanz der deutschen Präsidentschaft. Der WSA nimmt des weiteren Stellungnahmen zu folgenden Themen an: Steuerliche Rahmenbedingungen für die KMU, XXIII Bericht über die Wettbewerbspolitik, Beihilfen für die Schiffbauindustrie.

Gesundheitswesen

22. Dezember: Die Gesundheitsminister der Europäischen Union kommen in Brüssel zu einer Tagung zusammen, in deren Mittelpunkt die Verlängerung des Programms „Europa gegen AIDS“ steht.

Mercosur

22. Dezember: Der Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten des Mercosur unterzeichnen in Brüssel eine feierliche gemeinsame Erklärung, in der sie bekräftigen, eine interregionale Assoziation zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur zu gründen. Auf diesem Weg soll eine engere politische Zusammenarbeit, die schrittweise und gegenseitige Liberalisierung des gesamten Handelsverkehrs und eine verstärkte Investitionstätigkeit erreicht werden.

Schengener Abkommen

22. Dezember: In Bonn tagt der Exekutiv-ausschuß der Schengen-Staaten und beschließt den Vertrag, der den Wegfall der Grenzkontrollen vorsieht, am 26. 3. 1995 in Kraft zu setzen.